

**PAPERS**

**INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE**

**ORGANISCHE KRISE**

**DES FINANZMARKT-**

**KAPITALISMUS:**

**SZENARIEN, KONFLIKTE,  
KONKURRIERENDE PROJEKTE**

**THESEN, AUGUST 2011**

# Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte<sup>1</sup>

Thesen, August 2011

Vorbemerkung.....	2
These 1: Die jetzige Krise ist eine Krise des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus.....	2
These 2: Die jüngste Periode der organischen Krise ist durch den unaufgelösten Widerspruch zwischen den Grenzen des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus und den enormen Versuchen seiner Stabilisierung gekennzeichnet. ....	3
These 3: Die erste Welle der Krisenbearbeitung hat die Ungleichgewichte des Finanzmarkt-Kapitalismus stabilisiert und verschärft und in eine Krise der Staaten (als Staatsverschuldungskrise) umgedeutet. ....	3
These 4: Die regionalen »Gewinner und Verlierer« der Krise gehören zusammen. ....	4
These 5: Die zweite Welle der Krisenbearbeitung führt zur Restauration des Neoliberalismus mit autoritären Mitteln und einer vertieften neoliberal geprägten Integration innerhalb der Europäischen Union. Dabei wachsen soziale Ungleichheit und Repression.....	5
These 6: Die Unsicherheit wird wachsen – auch für das deutsche Exportmodell. Es sind unterschiedliche Verläufe der organischen Krise möglich: eher als Abfolge von partiellen Krisen oder aber über Zusammenbrüche von Teilsystemen. ....	6
These 7: Die jetzige Krise hat vier grundlegende Dimensionen: Sie betrifft den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Reproduktion der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, die Ausübung von Macht und die Gewährleistung von Sicherheit.....	8
These 8: Es wird zu einer Vervielfachung der Konflikte kommen, deren Verdichtung in gemeinsamen Kämpfen offen ist. ....	9
These 9: Die Herrschenden versuchen, die Konflikte strategisch zu bearbeiten. Dabei konkurrieren vier gesellschaftliche Konzepte: das Konzept des verschärften autoritären Neoliberalismus, der Neuen Rechten, des Grünen Kapitalismus und des Green New Deal.....	12
Strategie des autoritären Neoliberalismus (Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage).....	13
These 10: Die Linke muss sich auf harte Abwehrkämpfe, Bemühungen um den Erhalt und Ausbau ihrer gesellschaftlichen und institutionellen Basis (Mitte-Unten-Bündnis) und um die Konstituierung einer erneuerten solidarischen Mosaik-Linken (in Deutschland, der EU und global) einstellen. ....	19
These 11: Eine radikale Realpolitik sozialökologischer Transformation in den Zeiten der Krise basiert auf dem strategischen Viereck von sozialer Umverteilung, sozialökologischer Umgestaltung, umfassender Demokratisierung und umsichtiger Friedenspolitik (4U).....	22
Umverteilung ist der Ausgangspunkt.....	22
Umverteilung – eine machtpolitische Frage.....	24
Umverteilung ohne Umgestaltung ist keine nachhaltige linke Politik.....	25
Umverteilung und Umgestaltung brauchen umfassende Demokratisierung und ermöglichen sie... ..	26
Soziale Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung und umfassende Demokratisierung sind Grundbestandteile einer umsichtigen Friedenspolitik.....	27
These 12: Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Kampf um Gegen-Hegemonie der Linken ist die Entwicklung von Einstiegen und Einstiegsprojekten einer Politik der vier U, die die Fragmente der Mosaik-Linken zu solidarischer Kooperation befähigt, sie autonom handlungsfähig macht, Bündnisse mit Teilen der Herrschenden ermöglicht und eine transformatorische Dynamik auslösen können.....	27

<sup>1</sup> An der Erarbeitung und Diskussion dieser Thesen haben mitgewirkt: Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candias, Erhard Crome, Judith Dellheim, Ralf Ehlert, Markus Euskirchen, Conny Hildebrandt, Christina Kaindl, Dieter Klein, Tazio Müller, Rainer Rilling, Florian Wilde und Fanny Zeise.

## Vorbemerkung

Vor kurzem noch wurde der »Aufschwung XXL« verkündet und jetzt fällt bei den Herrschaftseliten der verdiente Urlaub aus. Die Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert und die Aktienkurse sind deutlich gefallen. Jede gerade erst erarbeitete und verkündete »Lösung« der jeweils jüngsten Krise ist wenige Tage oder Wochen später veraltet. Weder kommen die Märkte zur »Ruhe«, noch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die hektischen Versuche neuer Sparprogramme in Italien und Frankreich und die Proteste der von der Gesellschaft Aufgegebenen in England oder der Jugend in Spanien oder Israel, die Hungersnot in Ostafrika und die nicht enden wollende Auseinandersetzung um Stuttgart 21 fallen nicht zufällig in die gleiche Zeit. In der aktuellen Situation wirken verschiedene, teils gegensätzliche Entwicklungen gleichzeitig. Nachdem 2008 der Neoliberalismus weitgehend desavouiert und der Kapitalismus bis ins bürgerliche Feuilleton hinein in Verruf geraten war, hat die Krisenbearbeitung die neoliberalen Fraktionen nicht geschwächt, sondern kurzfristig gestärkt.<sup>2</sup> Die bisherige Art der Krisenbearbeitung hat den Neoliberalismus stabilisiert und andere, sozial und ökologisch reformerische Lösungen zunächst ausgeschlossen. Dieser stabilisierte Neoliberalismus ist besonders autoritär, instabil und konfliktär. Dies stellt die verschiedenen Gruppen der Linken vor völlig neue Herausforderungen.

➤ *Eine der wichtigsten Aufgaben in dieser Situation ist politische Selbst-Aufklärung: Sagen, was ist!*

### **These 1: Die jetzige Krise ist eine Krise des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus**

Alle Versuche eines Weiter-So scheitern gegenwärtig, trotz der hohen Krisenkunst der herrschenden Eliten, die sie 2008 und 2009 bewiesen. Die Ursache dafür liegt in den Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus selbst: Seine Akkumulation ist weitgehend finanzgetrieben. Die Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten und die ständige Verfeinerung der Finanzinstrumente konnten nicht verhindern, dass getrieben von einer Umverteilung nach oben, sich immer größere Summen an Kapital akkumulieren, für welches es an ausreichenden Verwertungsmöglichkeiten mangelt. Finanzinvestitionen schienen gewinnträglicher und trieben so die Spekulation an, die zu Technologie-, Aktien- Kredit- und Immobilienblasen führte.

Beschleunigt wurde diese spekulative Entwicklung durch steigende private wie öffentliche Verschuldung. Zugleich sanken die Lohnquote und das Investitionsniveau (öffentlich wie privat) massiv. Finanzkrisen in immer kürzeren Abständen waren die Folge. Diese Form der Akkumulation wurde durch Privatisierung (gerade auch der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge), Deregulierung, Standortwettbewerb vorangetrieben. Finanzfonds sind zu zentralen Eigentümern geworden, die die Unternehmen unter das Primat kurzfristiger Maximalrendite zwingen, zur Spaltung der Belegschaften beitragen und Arbeitsintensität und -flexibilität immer weiter erhöhen. Es entstanden massive inner- und zwischengesellschaftliche Ungleichgewichte. Zu letzteren gehört der Gegensatz zwischen jenen Ländern, die vor allem auf eine verschuldungs- und spekulationsgetriebene Akkumulation in ihren eigenen Ländern setzten (die USA, aber auch eine Reihe von Ländern in der EU) und jenen, die zu Gläubigern dieser Entwicklung wurden (vor allem China, Deutschland, Japan) und auf den Export und die Senkung der Lohnkosten orientierten.

Mit der Einführung des neoliberalen Akkumulationsregimes haben die herrschenden Kräfte die Schranken des fordistischen Klassenkompromisses aufgesprengt. Dazu wurde eine Doppelstrategie gefahren. Einerseits wurde die organisierte Arbeiterbewegung geschwächt, andererseits wurden emanzipatorische Ansätze der neuen sozialen Bewegungen aufgegriffen und integriert. Gleichzeitig verengte sich das Feld der produktiven Akkumulation, so dass immer stärkere finanzgetriebene Impulse notwendig waren, um eine Krise zu verhindern. Die Ungleichgewichte wurden immer grö-

<sup>2</sup> Ausgehend von den vorangegangenen Positionspapieren v.a. IfG II, IfG I und anderer Einzelveröffentlichungen zeigt sich, dass viele der getroffenen Einschätzungen seit Ausbruch der Krise 2007/2008 sich bestätigt haben. Einige der in den frühen Papieren noch für möglich gehaltener Szenarien oder Trends, etwa eines sozialdemokratischen Public New Deal unter Obama, haben sich nicht realisiert, bzw. es traf zu, dass sie als zu schwach eingeschätzt wurden. Überraschend war für viele, wie erfolgreich das Krisenmanagement in Deutschland wirkte. Die Situation hat sich teilweise geschlossen, der Handlungsspielraum wurde eingeschränkt. Offen bleibt, inwiefern die Krise Möglichkeitsräume wieder aufreißt.

ßer – zwischen hohen und niedrigen Einkommen und Vermögen, zwischen Vermögensansprüchen und realem Bruttosozialprodukt, zwischen Schuldnern und Gläubigern, -Export- und Importländern, Bedarf an sozialen und anderen Investitionen und realer Investitionsleistung, ökologischer Zerstörung und Ressourcenverbrauch und Leistungsfähigkeit der ökologischen Systeme. Der Widerspruch zwischen einer gigantischen Finanzkapitalakkumulation und den engen Grenzen realwirtschaftlicher Akkumulation war nicht länger durch immer neue Spekulationsblasen zu überbrücken, die den Neoliberalismus seit Mitte der 1990er Jahre geprägt hatten. Dies hat die jetzigen Krisen ausgelöst.

➤ *Die langfristige strategische Situation ist dadurch geprägt, dass die Linke innerhalb einer organischen Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus agieren muss. Damit stehen seit langem wieder zum ersten Mal Richtungsentscheidungen auf der Tagesordnung – von oben wie von unten.*

## **These 2: Die jüngste Periode der organischen Krise ist durch den unaufgelösten Widerspruch zwischen den Grenzen des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus und den enormen Versuchen seiner Stabilisierung gekennzeichnet.**

Die Grundannahme des IfG, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/9 Teil der organischen Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus ist, hat sich bestätigt. Eine solche Krise ist dadurch geprägt, dass das bisherige Akkumulationsregime an seine Grenzen gestoßen ist und eine stabile Herrschaftssicherung nicht ohne den grundlegenden Umbau der Regulationsweise möglich ist. Aufgrund der Schwierigkeiten eines solchen Umbaus realisiert sich eine organische Krise als Zyklus einer Kette von größeren und kleineren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen. In jeder dieser Teilkrisen prallen gegensätzliche Strategien aufeinander (innerhalb des herrschenden Blocks und von außen) und werden ad-hoc-Lösungen und langfristige Ansätze kombiniert und ausprobiert. Nach der ersten Krisenwelle 2008/9 akkumulieren sich die Elemente einer zweiten Krise innerhalb dieses Zyklus, deren Gewicht und Reichweite noch offen ist.

### **Der Unterschied zwischen organischer Krise und Einzelkrisen**

Eine organische Krise umfasst die gesamte Periode des Übergangs von einer Akkumulations- und Regulationsweise zu einer anderen. Sie ist durch scharfe ökonomische Einbrüche und harte politische Konflikte gekennzeichnet. In dieser Periode wechseln sich Einzelkrisen und Phasen partieller Stabilisierung oder sogar des Aufschwungs ab. Es ist keine Periode des Niedergangs, sondern des Umbruchs, wo die alte Form der Entwicklung noch nicht abgestorben ist und die neue sich noch nicht auf eigener Grundlage entfaltet hat.

Die bisherigen Krisenlösungsstrategien zielten darauf ab, den Finanzmarkt-Kapitalismus vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Damit wurde der Neoliberalismus gestärkt und sind die Ressourcen des Staates wie auch vieler Bürgerinnen und Bürger, vieler Lohnabhängiger, Wirtschaftsunternehmen usw., gesunken, die damit verbundenen Konflikte auszuhalten. Gleichzeitig wurden vorher verpönte Staatseingriffe und eine antizyklische Politik genutzt, um die Stabilität zu sichern.

Die bisherige Krise ist auch dadurch gekennzeichnet, dass eine Reihe von Staaten in Lateinamerika und Asien bislang de facto von dieser Krise nicht getroffen wurden bzw. sie sehr rasch wieder überwand. Anders formuliert: Es war und ist bisher eine Krise des nördlichen „alten“ Kapitalismus. Diese „räumliche“ Differenz ist deshalb so entscheidend, weil sie Ausdruck einer grundsätzlichen Verschiebung der globalen Machtverhältnisse darstellt.

## **These 3: Die erste Welle der Krisenbearbeitung hat die Ungleichgewichte des Finanzmarkt-Kapitalismus stabilisiert und verschärft und in eine Krise der Staaten (als Staatsverschuldungskrise) umgedeutet.**

Die erste Welle der Bearbeitung der Krise war durch starke (neo)korporatistische Elemente, eine relativ enge internationale Kooperation und einen ausgeprägten Staatsinterventionismus geprägt. Ziel war die kurzfristige Stabilisierung, buchstäblich um jeden Preis. Die kurze krisenkorporatistische Phase in Deutschland und vielen anderen Ländern war durch die Verbindung von Nachfragesteigerung (Konjunkturprogramme, Abwrackprämie), Beschäftigungssicherung (Kurzarbeiterregelung) und Stärkung von Finanz- und Produktionsbereich geprägt. Die Finanzmärkte wurden in ihrer bestimmenden Stellung nicht angetastet, Rating-Agenturen und IWF haben deshalb

einen Wieder-Aufstieg an die Macht geschafft. Die deutsche Regierung ist dabei zum wichtigsten Zentrum und Agenten neoliberaler »Konsolidierung« innerhalb der EU geworden. Europaweit werden Austeritätspolitikern durchgesetzt: Lohnsenkungen, Kürzungen der öffentlichen Dienstleistungen, Privatisierung, »Schuldenbremse«. Die Finanzialisierung wurde vorangetrieben. Der alte Marktradikalismus wurde mit massiven staatlichen Kriseneingriffen verteidigt. Der Neoliberalismus wurde noch autoritärer.

Da es keine Bereitschaft bzw. Fähigkeit gab, die Überakkumulation von Vermögen und Finanzansprüchen deutlich zu reduzieren (etwa durch radikale Abschreibung von Schrottpapieren, durch Reduzierung von Verwertungsansprüchen der Großgläubiger bei Umschuldungen, durch Kapitalvernichtung beim Rückbau alter, umweltzerstörender Wirtschaftsbranchen) und jenseits von kurzfristigen Programmen grundlegende Strukturreformen des Wirtschafts- und Finanzsystems einzuleiten, wurden die zugrundeliegenden Gegensätze und Ungleichgewichte nicht beseitigt oder entschärft. Die Vermögensansprüche wurden nicht reduziert, die Vermögenskonzentration weiter erhöht. Dem stehen die durch die gewählte Form der Krisenbearbeitung sprunghaft gestiegenen Staatsschulden gegenüber. Das Außenhandelsdefizit der USA hat eine neue Rekordhöhe erreicht.

Mit der ersten Welle der Krisenbearbeitung wurden Optionen, die zunächst offen diskutiert wurden, ad acta gelegt. Alle mit einem »Deal« verbundenen Ansätze (Public New Deal, Green New Deal, Global New Deal...) wurden vertagt oder werden nur in reduzierter Form (Atomausstieg bei Neuinvestitionen auch in die fossile Energieerzeugung) weiter verfolgt. Selbst vorsichtig beschlossene Ansätze von Zurückdrängung der wesentlichen Institutionen des Neoliberalismus sind bisher nicht verfolgt worden. In der Krise wurden die Kräfteverhältnisse noch einmal deutlich zugunsten der Träger des Finanzmarkt-Kapitalismus verschoben, obwohl sie diese verursacht haben. Zudem wurden gerade in der Europäischen Union die institutionellen Zwänge einer neoliberalen Politik verstärkt. Macht und Ressourcen waren hinreichend, die alte Akkumulationsweise in der Krise zu verteidigen.

#### **These 4: Die regionalen »Gewinner und Verlierer« der Krise gehören zusammen.<sup>3</sup>**

Die erste Krise in der Krise und die erste Welle der Krisenbearbeitung haben für die verschiedenen Länder und Regionen sehr unterschiedliche Folgen. Jene Länder, die ihr Wachstum der vergangenen Jahre vor allem Verschuldung und Spekulation verdanken, sind besonders betroffen. Dazu gehören in der EU unter anderem Spanien, Irland, Griechenland. Länder und Regionen dagegen, die spiegelbildlich durch den Ausbau ihrer Exportfähigkeit zu globalen und europäischen Gläubigern des Schuldenkapitalismus wurden (China, Deutschland, Japan, die Schweiz, eine Reihe von Schwellenländern), sind die relativen »Gewinner«, deren Gewinn aber mit der Stabilität der »Verlierer« steht und fällt. So ist der Aufschwung in Deutschland ganz offensichtlich abhängig von der Sicherung der Nachfrage im Euroraum, den USA und China. Zugleich erlauben es diese gegenwärtigen »Gewinne«, die (offizielle) Arbeitslosigkeit zu senken.

➤ *Es sind starke innereuropäische Gegensätze entstanden, die die Linke bisher nicht solidarisch bearbeiten kann.*

Dass der „Erfolg“ der deutschen Exportstrategie auf der Verbindung von hoher Wertschöpfung insbesondere im Bereich von Maschinenbau, Auto- und Chemieindustrie und Niedriglohnpolitik in vielen Sektoren insbesondere des Dienstleistungsbereichs basiert, mit der die Lohnentwicklung hier zu Lande ans Schlusslicht des europäischen Vergleichs gerückt ist, hat sich noch nicht im Bewusstsein niedergeschlagen.<sup>4</sup> Stattdessen dominieren Zuschreibungen, die politischer Aufklärung ab- und Rassismus und Vorurteilen zuträglich sind.

*Die Situation der Bundesrepublik und anderer Industrieländer fällt auseinander. Während die europäische Peripherie in Schuldenkrise und Depression versinkt, waren Krisenkorporatismus und*

<sup>3</sup> M. E. müssen wir über die deutsche Sondersituation systematischer aufklären. Ich formuliere hier nur eine These, die wir diskutieren müssen.

<sup>4</sup> Der Anteil der Gewinne am gesamtwirtschaftlichen Bruttoeinkommen konnte in Deutschland von 1982 bis 2010 um 12% gesteigert (und damit spiegelbildlich die Lohnquote gesenkt) werden. Dies entspricht auffällig der Steigerung der Profitrate im gleichen Zeitraum um 12%, auch wenn die Gleichsetzung nicht ganz zulässig ist (Candeias 2011). Der gesamte Zuwachs an gesellschaftlichem Reichtum ging an die Unternehmen und die Vermögensklasse.

-management in Deutschland bisher vergleichsweise erfolgreich: mit Bankenrettung, Kurzarbeitergeld und »Abwrackprämie«. Einschnitte in soziale Leistungen und öffentliche Dienste fielen vergleichsweise moderat aus, waren sie doch im Zusammenhang nicht zuletzt mit der Agenda 2010 schon vorher vorgenommen worden. Krise und Angst vor Arbeitslosigkeit wirken disziplinierend. Im Ergebnis bleiben Krisenproteste aus, trotz massiver Prekarisierung (zwei Drittel der neugeschaffenen Arbeitsplätze entfallen auf Leiharbeit, befristete Verträge, (kurze) Teilzeit- und Projektarbeit), Lohndumping und einer weiteren Intensivierung/Verdichtung der Arbeit. Auch gesellschaftliche, familiäre oder individuelle Reproduktionserfordernisse werden systematisch vernachlässigt. Krisenpolitik war dabei patriarchale Politik: Rettung von Banken und vorwiegend männlichen Industriearbeitsplätzen. Deutschland gelang es auf dieser Grundlage zunächst, den ökonomischen Einbruch durch exportinduziertes Wachstum zu kompensieren und eine Führungsrolle bei der Restauration eines in Richtung „Autoritarismus“ verschobenen Neoliberalismus und Marktradikalismus zu übernehmen. Der beschlossene Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie markierten einen im Vergleich zu vielen anderen Ländern des Nordens enormen Machtzuwachs eines neoliberalen »Grünen Kapitalismus« (siehe dazu weiter unten).

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, vor allem in den gefährdeten Teilen der Mittelklasse, hat immer weniger das Gefühl, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, was teils zu einem Rückzug ins Private führt, teils zu wachsenden Partizipationsbestrebungen (Proteste, Volksentscheide usw.). Das Vertrauen in Politiker sinkt dramatisch und die Wut über die Folgen der Krise hat sich verstärkt (vgl. Klein/Heitmeyer 2010, 174; Eurobarometer 26. 8. 2010; Detje u.a. 2011). Proteste entzündeten sich aber kaum an der ungleichen Verteilung von Krisenlasten und neoliberaler „Modernisierung“. Es gibt keinen allgemeinen Aufschrei über die lächerliche Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um fünf Euro. Bei den Betroffenen dominiert Statusfatalismus: schon lange arbeitslos und dem Disziplinarregime der Job Center unterworfen – Krise ist Alltag. Proteste entzündeten sich an der Arroganz der Macht gegen breite bürgerliche Mehrheiten, Großprojekte wie Stuttgart21 oder die Verlängerung der Atomlaufzeiten. Nichtsdestotrotz repräsentieren die Proteste einen demokratisch-popularen Kampf in dem sich unterschiedliche Momente verdichten – die sachbezogenen Argumente, der Protest und die Forderung nach Demokratie sind nicht zu trennen (Demirovic 2011, 8). Sie setzen an Rissen im herrschenden Block an. Doch bleiben diese Kämpfe weitgehend von der »sozialen Frage« getrennt.

### **These 5: Die zweite Welle der Krisenbearbeitung führt zur Restauration des Neoliberalismus mit autoritären Mitteln und einer vertieften neoliberal geprägten Integration innerhalb der Europäischen Union. Dabei wachsen soziale Ungleichheit und Repression.**

In Europa setzen Finanzakteure, IWF und die Regierung Merkel (zusammen mit der niederländischen und österreichischen Regierung) *gleichgerichtet* auf eine Radikalisierung austeritätspolitischer Maßnahmen, also massive Kürzungen: Rentenkürzungen, Lohnkürzungen, Kürzungen bei Kindergeld oder Familienhilfen, Senkung der Arbeitslosenhilfen, Investitionsstopps, die auch vor notwendigen Ausgaben für Infrastrukturen, Kinderversorgung oder Bildungseinrichtungen nicht halt machen, und weitgehende Privatisierungen einschließen. Sofern überhaupt Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmeseite enthalten sind, handelt es sich überwiegend um Mehrwertsteuererhöhungen, was insgesamt den Klassencharakter der Kürzungspolitik verdeutlicht. Dies hat zahlreiche Proteste von Griechenland über Spanien bis Großbritannien motiviert, die jedoch bislang folgenlos blieben. Der Druck zu haushaltspolitischer Disziplin bzw. Kürzungspolitik überträgt sich auch auf die USA. Die Tea-Party-Bewegung entfaltet dort die Funktion, die die deutsche Regierung und die Finanzmärkte in Europa ausfüllen. *Die verteilungspolitischen Konflikte werden sich verschärfen.*

Die europäische Union hat sich erneut als Katalysator neoliberaler Politik erwiesen, sowohl auf europäischer Ebene als auch in den Mitgliedsländern und beide Tendenzen bestärken einander. Deutschland spielt hier eine Vorreiterrolle. Punktuell gewachsene bzw. wachsende Handlungsmöglichkeiten für alternative Politik (z. B. erweiterte Rechte des Europäischen Parlaments) bleiben letztendlich hinter Entdemokratisierungstendenzen zurück.

Innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion und auf dem Gebiet der Gemeinschaftspolitiken haben sich neoliberale Integrationsprozesse vertieft und sind soziale, territoriale und politische Unterschiede und Spaltungen gewachsen. Das Projekt der EU selbst, der Ziele, der »unterschiedlichen Geschwindigkeiten« und Richtungen, der »Finalität« ist offen umstritten. Die Vertiefung von Integrationsprozessen geht mit wachsender Überwachung, Repression, Abschottung, mit aggressiver „Sicherheitspolitik“ – nach innen und nach außen – einher, mit technisch-technologischen Megaprojekten und aggressiver außenwirtschaftlicher und Entwicklungspolitik. Dabei geht es insbesondere um „Energie- und Rohstoffsicherheit“ und ihr untergeordneter Freihandelspolitik (insbe-

sondere EPAs). Auch „Energiepartnerschaften“ und Entwicklungspolitik verfolgen vorrangig eigene Interessen: Ressourcensicherung, Markterschließung, „Sicherheit“, einschließlich Militarisierung. Die Freihandelsabkommen forcieren Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung und stärken Investorenrechte.

Die Bundesregierung agiert dabei als Retter und Zuchtmeister zugleich. Sie nutzt ein Wachstum, das schon wieder zum beträchtlichen Teil auf Exportüberschüssen beruht und deshalb auf Kosten anderer betrieben wird, um den eigenen Staatshaushalt zu schonen, profitiert von Ausgaben bzw. steigenden Defiziten in anderen Ländern und weigert sich, die Rolle deutscher Lohnpolitik, Leistungsbilanzüberschüsse und Kredite bei der Entstehung der Schuldenkrise anzuerkennen. Inspiriert von der gesetzlichen Schuldenbremse in Deutschland soll mit dem so genannten Euro-Plus-Pakt der Staatsschuldenkrise begegnet werden: »Die Integration muss fortschreiten, und ein Staat mit Problemen, dem geholfen wird, muss im Gegenzug einen Teil seiner Hoheitsrechte an die EU abgeben«, so Wolfgang Schäuble (Stern, 27.07.2011). Nicht zuletzt soll in Zukunft ein sanktionsbewährtes EU-Defizitverfahren gegen einen Mitgliedsstaat quasi automatisch in Gang gesetzt werden. Die jeweilige Regierung hat dann zehn Tage Zeit, den gegenteiligen Nachweis zu erbringen – andernfalls greifen die Sanktionen. Mit härteren Durchsetzung der Maastricht-Kriterien werden *neoliberale Prinzipien noch einmal institutionell festgeschrieben*. Mit der verstärkten finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung wird zugleich die marktorientierte *EU-Integration vertieft*, mit der Einrichtung des neuen, permanenten Rettungsfonds ESM (vergleichbar einem europäischen IWF, der präventiv einschreiten kann) eine weitere Grundlage einer Transferunion gelegt, bei Entwicklung von Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten. Diese Form der Regulierung in der Krise zielt jedoch nicht auf die Finanzmärkte, sondern auf die *Disziplinierung der Politik* und die Schwächung solidarischer Ansätze. Die Konstruktion supranationaler Sachzwänge wird in Zukunft von den nationalen Wettbewerbsstaaten als Begründung für eine Politik des Sozialabbaus und der Privatisierung genutzt werden bzw. zur Delegitimierung der Ansprüche jener, die nicht in erster Linie stabilitätsorientierte Interessen verfolgen: Beschäftigte, Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Benachteiligte. Unter dominantem Einfluss der Bundesrepublik wird direkt in die Politik der nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten der europäischen Währungsunion eingegriffen. Formal gleiche Repräsentanz der Staaten in den Gremien und wachsende Ungleichheit des realen Einflusses untergraben die Legitimation der Institutionen. Dies spaltet die EU und entzieht ihr die Unterstützung. Die Neuausrichtung der EU wird damit noch stärker als zuvor zu einem entscheidenden Kampfplatz für gesellschaftliche Entwicklungen auch in der Bundesrepublik.

Die EU-Einbindung ist für die Bundesregierung dabei nicht mehr ein Wert an sich, sondern die Voraussetzung für eine internationale Geltung Deutschlands, die sich auf die starke Position im Welthandel stützt, oder, mit anderen Worten, die Dominanz Deutschlands in der EU ist die Grundlage für die Expansion im globalen Handel. Die Enthaltung zur Libyen-Resolution des UNO-Sicherheitsrates gegen den Willen der USA, Frankreichs und Großbritanniens und gemeinsam mit Russland, China, Indien und Brasilien war das symbolische Signal an die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, dass sich Deutschland ihnen gegenüber jetzt weiter emanzipiert hat. Der Export(vize)weltmeister wird zum Hort neoliberaler Prinzipien in Zeiten ihrer Krise.

➤ *Die Linke ist mit der verstärkten Macht und Gefährlichkeit des Neoliberalismus konfrontiert und braucht ein eigenständiges Projekt einer alternativen europäischen Integration.*

**These 6: Die Unsicherheit wird wachsen – auch für das deutsche Exportmodell. Es sind unterschiedliche Verläufe der organischen Krise möglich: eher als Abfolge von partiellen Krisen oder aber über Zusammenbrüche von Teilsystemen.**

Der unmittelbare Erfolg neoliberaler Krisenpolitiken hat die Grundlage der heutigen neuen Krise geschaffen, der wahrscheinlich neue tiefe Einbrüche im finanz- und realwirtschaftlichen Sektor folgen. Die Krise verschiebt sich. Die Finanzkrise wurde zur Weltwirtschaftskrise, dann zur Schuldenkrise, zur Repräsentationskrise. Der nächste Akt des Dramas steht bevor. Die zeitweilige Erleichterung über den Aufschwung geht einher mit der realitätsgetränkten Befürchtung, dass dies nicht so bleiben wird. Ob ein Umgang mit globalen Überkapazitäten, finanzieller Überakkumulation und schwindendem Konsum gefunden wird, ist unklar. Auf längere Zeit kann der Widerspruch zwischen den Strukturen des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus und der anhaltenden Akkumulationschwäche nicht durch ein bloßes Krisenmanagement ausgehalten werden. Es wird zu einer Weichenstellung kommen, der wahrscheinlich neue tiefe Einbrüche im finanz- und realwirtschaftlichen Sektor vorhergehen. Es kommt zu Konflikten innerhalb des Machtblocks, unterschiedliche Fraktionen treiben angesichts der »Vielfach-Krise« in verschiedene Richtungen.

Das bisherige Krisenmanagement soll die Verdichtung der Krisen verhindern, Zeit verschaffen.

Doch wie erwartet in einer organischen Krise *bereitet die Form der Bearbeitung der Krise jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor*. So ist zweifelhaft, ob die von der EU getroffenen Maßnahmen die Märkte »beruhigen« können und die Refinanzierung der Staaten gesichert ist. Gleichzeitig verschärfen die harten Kürzungsprogramme die Rezession in der Semi-Peripherie und damit Haushaltsdefizite sowie die Spannungen in der Eurozone. Geraten weitere Länder in Schwierigkeiten, wird auch der neue EU-Rettungsfonds sich rasch als zu klein erweisen.

Die größte Ökonomie der Welt, die USA, befindet sich in einer prekären Situation. Das US-Wachstumsmodell ist Geschichte: hohe Konsumraten, auf Pump finanziert durch massive Kapitalimporte aus aller Welt, die wiederum niedrige Zinsen ermöglichten – das wird es nicht wieder geben. Die Haushalte in den USA werden nie wieder so viel konsumieren können, der »globale Konsument« ist geschwächt, was für die Weltwirtschaft enorme Auswirkungen mit sich bringt. Die Regierung setzte über 2000 Mrd. US-Dollar ein, um die Auswirkungen der Krise einzudämmen. Doch trotz der gigantischen Konjunkturprogramme, stieg die Gesamtnachfrage nur um zwei Prozent. Die privaten Investitionen erreichen einen neuen Negativrekord. Ohne die staatlichen Ausgabenprogramme läge die offizielle Arbeitslosenquote nicht bei zehn Prozent, sondern deutlich darüber. Ohne Staatsintervention gibt es kein Wachstum. Doch angesichts des Drucks von Tea-Party, Ratingagenturen, chinesischer Regierung und EU, sind keine weiteren Ausgabenprogramme vorgesehen, sondern Kürzungen von zwei bis vier Bio. US-Dollar.

Obwohl allein die OECD-Staaten von 2009-11 über 10.000 Mrd. US-Dollar an zusätzlichen Krediten aufgenommen haben, um die Krise zu bewältigen, blieb das Wachstum in diesen Ländern insgesamt schwach. Die Ursache liegt darin, dass sie vor allem in die Stützung von Vermögensansprüchen und nur zu einem kleineren Teil in Konjunkturpakete flossen. In der EU ist das BIP auf dem Niveau von Anfang 2007. Nun bleiben durch die austeritätspolitische Wende weitere Impulse aus. Die globale Schuldenkrise führt zu unsicheren Investitionsaussichten vor allem in der OECD. Die Folge sind niedrige Investitionsraten, instabile Akkumulation und die Gefahr des nächsten großen Kriseneinbruchs. Bislang erwiesen sich die neuen kapitalistischen Zentren wie Brasilien, Indien und v.a. China in der Krise als Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft – und Garanten des deutschen Exportbooms. Doch in China gefährden steigende Preise und Löhne sowie der Druck zur Aufwertung der chinesischen Währung den schwächelnden Export und gleichzeitig drohen Überhitzung und Überspekulation. Die chinesische Regierung bremst die Kreditvergabe, schränkt Projekte und Subventionen ein, drosselt das Wachstum. Auch andere so genannte Schwellenländer wie Brasilien leiden unter der Verteuerung ihrer Exporte und der Überschwemmung ihrer Märkte mit Kapital auf der Suche nach hohen Zinsen – was ohne Gegenmaßnahmen zur Überhitzung der Wirtschaft führen würde. Nicht nur Kredit- und Immobilienblasen wie in China, Indien, Türkei drohen (BIZ, 27.06.2011). Angesichts unverminderter Überakkumulation kommt es auch zu starken Schwankungen an Aktien-, Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten: »Es brennt auf (fast) allen Finanzmärkten« (FTD, 25.7.2011).

In dieser unsicheren globalen Konjunktur bei wachsenden Ungleichgewichten bangen deutsche Unternehmen um ihren Exportboom. Die Geschäftserwartungen der deutschen Industrie sind laut Ifo-Index innerhalb eines Jahres um mehr als die Hälfte eingebrochen. Nun lag dieser Index schon oft daneben. Anders als der OECD-Frühindikator, der dasselbe anzeigt. Die Exporterwartungen der deutschen Automobilindustrie sinken seit Frühjahr 2011 dramatisch. Während die Nachfrage aus Ländern wie China in der Automobilbranche weiter wächst, macht sich der Rückgang bei Maschinen und Ausrüstungen oder Chemie bereits deutlich bemerkbar. Der Exportboom hat die deutsche Ökonomie noch abhängiger von der globalen Nachfrage gemacht. Zugleich entstehen im produktiven Sektor in China, Indien und Brasilien neue Konkurrenten, die in den Bereichen Green-Tech, Auto, zunehmend Chemie, Pharma und Maschinenbau die Nachfrage ihrer Märkte selbst bedienen wollen und auch können.

Während die Exportaussichten zwischen Krise und Konkurrenz sich eintrüben, trägt der Binnenkonsum in Deutschland nach wie vor kaum zum Wachstum bei: Die Einzelhandelsumsätze sinken nach kurzer Erholung (inklusive der inländischen KfZ-Nachfrage), die Investitionen bleiben flau – von einem selbsttragenden Wachstum kann keine Rede sein. Die gesetzliche Schuldenbremse setzt staatlichen Investitionen und Konjunkturhilfen engste Grenzen. Berücksichtigt man den Rückgang des BIP um fünf Prozent im Jahr 2009, liegt das reale Wachstum seither durchschnittlich bei etwas über einem Prozent, was der langfristigen Entwicklung seit 2000 entspricht. Der Trend der letzten Jahrzehnte zu niedrigen bzw. sinkenden Wachstumsraten hält an.

Die organische Krise kann global und/oder in einzelnen Regionen und Ländern einen sehr unterschiedlichen Verlauf nehmen: Zum einen kann es den herrschenden Eliten gelingen, die Krise in Teilkrisen zu bearbeiten und ohne extrem tiefe Erschütterungen einen Richtungswechsel (siehe unten) einzuleiten und zu stabilisieren. Zum anderen kann es aber auch zu sehr tiefen gesamtgesellschaftlichen Zusammenbrüchen (ausgelöst im Finanzsektor, dem Staatshaushalt, dem Zu-

sammenbruch der inneren und äußeren Nachfrage, von massiver unkontrollierter Gewalt kommen, die das gesamte institutionelle Gefüge in seinen Grundfesten erschüttern. Eine Fülle von Entwicklungsvarianten und hybriden Formen liegen dazwischen. Von besonderer Bedeutung dafür ist der ökonomische Verlauf der Krise.

Vor diesem Hintergrund kann von drei Szenarien ausgegangen werden.

- a) Falls die globale Nachfrage keinen tiefen Einbruch erleidet, könnten deutsche Exporterfolge auf kleinerer Flamme weiterhin das Wachstum in Deutschland gewährleisten, ohne das ein Wechsel des Modells notwendig würde, allenfalls werden – getrieben von Akzeptanzverlusten und Ereignissen wie Fukushima – graduelle Änderungen in Richtung Energiewende und ökologische Modernisierung unternommen. Auch eine nur halbherzige ökologische Modernisierung könnte ausreichend sein, um die Vorteile des deutschen Exportmodells vorläufig zu bewahren. Gerade die Schwäche der Eurozone kann zu einer relativen Unterbewertung des Euro führen und so die deutsche Position gegenüber Konkurrenten wie Japan verbessern.
- b) Denkbar ist auch, dass die Konjunktur stagniert (gar Stagflation) und sich ein langfristiger Trend zum Null-Wachstum stabilisiert. Dies würde härteste Verteilungskonflikte mit sich bringen und die Möglichkeiten zu Manövrieren und einen partiellen Interessenausgleich innerhalb des herrschenden Blocks wie nach unten zu finden, verringern.
- c) Angesichts der vielfältigen Ungleichgewichte und der sich wieder aufbauenden finanziellen Überakkumulation ist ein weiterer tiefer Finanz- und Wirtschaftscrash möglich. Die verfestigten Strukturen des Finanzmarkt-Kapitalismus in den USA und der EU erschweren eine Stabilisierung der ökonomischen Lage und einen dauerhaften Aufschwung. Es ist nicht erkennbar, woher eine hinreichende Nachfrage nach Gütern und Leistungen kommen soll. Zugleich wirken starke spekulative Kräfte unter Ausnutzung der Ungleichgewichte und verstärken die Instabilität, senken private Investitionen und privaten Konsum, während zugleich die Staatsausgaben gedrosselt werden.

Jede der genannten Optionen kann mit unterschiedlichen politischen Richtungsentscheidungen verbunden werden. Welcher Auswege in der organischen Krise gewählt wird, ist von Kräfteverhältnissen, Kämpfen, Lernprozessen und positiven oder negativen Feedbacks abhängig. Für einen umfassenden sozialökologischen Umbau fehlen, anders als bei den genannten Szenarien, die realen Voraussetzungen.

➤ *Die politische Linke muss sich auf eine Situation hoher Unsicherheit, auf scharfe Angriffe und Repression und schnelle Veränderungen der taktischen Lage einstellen. Die Versuche, die Linke angesichts einer relativen Erfolglosigkeit politisch zu isolieren und zu zerstören, sind unübersehbar.*

**These 7: Die jetzige Krise hat vier grundlegende Dimensionen: Sie betrifft den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Reproduktion der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, die Ausübung von Macht und die Gewährleistung von Sicherheit.**

Der neoliberale Finanzmarkt-Kapitalismus unterscheidet sich vom Nachkriegskapitalismus in den USA, Japan und Westeuropa dadurch, dass ihm sehr hohen Ungleichgewichte als Antrieb dienen. So sollten höhere Einkommen der oberen Schichten eine starke Nachfrage im produktiven Bereich und nach Dienstleistungen eines ausgeweiteten Niedriglohnsektors erzeugen; die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme sollte Kapital bereitstellen; wachsende private und öffentliche Verschuldung eine Nachfrage generieren, die durch davon ausgelöstes zukünftiges Wachstum gedeckt sei. Diese Ungleichgewichte wurden durch die bisherige Krisenbearbeitung nicht beseitigt, sondern verfestigt.

Wir werden mit vier eng verflochtenen Krisentypen konfrontiert: Einer Integrations-, Reproduktions-, Legitimations- und Sicherheitskrise. Es handelt sich auch um eine Zivilisationskrise. Aus jeder dieser Krisen und aus ihrer Verbindung miteinander können scharfe Konflikte erwachsen, die sich teilweise isoliert entladen, sich aber auch überlagern können.

*Integrationskrise:* Nach über drei Jahrzehnten Neoliberalismus sind krasse soziale Ungleichheit und schwindende soziale Integrationskraft der Länder, Regionen und auch der Weltgesellschaft

das Ergebnis. In der Wirtschaftskrise hat sich dieser Prozess beschleunigt. Die krisenpolitischen Interventionen unterstreichen diese Tendenz. Ungleichheit und Ungerechtigkeit sowie Spaltung und Ausschlüsse überfordern die Gesellschaften. Anstelle elementarster Ansätze solidarischer Kooperation überwiegen Standortwettbewerb und Ressourcenextraktion sowie soziale und kulturelle Polarisierung. Die unteren Gruppen der Weltgesellschaft sowie der nationalen Gesellschaften sehen sich abgekoppelt (wovon die Proteste in den Banlieus, Griechenland oder in England genauso Zeugnis ablegen wie das neue Wachstum der Armutsbevölkerung in den USA).

*Reproduktionskrise:* Zweitens ist zwar die Akkumulation von Vermögen explodiert, die Investition in die sozialen, kulturellen und natürlichen Grundlagen aber ist zurückgeblieben. Es ist eine Krise im Verhältnis zur Gesellschaft wie zur Natur. Die jetzige Produktions- und Lebensweise ist mit dem Erhalt günstiger natürlicher Bedingungen auf dem Planeten unvereinbar. Ressourcenverknappung und Vergiftung der Atmosphäre mit klimaschädlichen Gasen haben einen irreversiblen Charakter erhalten. Es wird auf Kosten heutiger und zukünftiger Generationen agiert. Der notwendige Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Übergang zu einer ressourcenschonenden Produktions- und Lebensweise sind ausgeblieben. Der Zyklus von Wachstum, Ressourcenausbeutung und Konsummaximierung ist ungebrochen. Die aktuelle Krisenpolitik geht mit einer massiven Schwächung der öffentlichen Interventionsfähigkeit einher.

*Legitimations- und Demokratiekrise:* Die Kluft zwischen den etablierten Institutionen der Gesellschaft (von Bildung über das Rentensystem bis ins politische System hinein) und den Abhängigen, Armen und Machtlosen nimmt zu. Allensbach spricht von der Produktion »sozialer Verlierer« und stellt fest: »Die sozialen Schichten bewegen sich ... nicht nur in Bezug auf ihre materielle Lage auseinander, sondern auch in Bezug auf ihre Interessen, Lebensstile, Weltanschauungen und Alltagskultur« (FAZ, 17.8.2011, S. 5). Die Institutionen erscheinen als korrupt, im Dienste von Minderheitsinteressen der Privilegierten, dysfunktional, schädlich oder schlicht hilflos gegenüber den realen Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung. Dies trifft auch die institutionalisierte Linke im unterschiedlichen Maße (Parteien und Gewerkschaften). Jenseits von sehr begrenzten Anliegen werden sie kaum als gesellschaftliche Kraft einer solidarischen Umgestaltung erkannt und wirksam. Es entstehen deshalb Protestbewegungen, die kaum oder gar nicht mit der institutionalisierten Linken verbunden sind, und es kommt zum Aufstieg einer neuen, gesellschaftlich verankerten Rechten.

*Krise der Sicherheit:* Vor dem Hintergrund der genannten Entwicklungen nimmt teils die Fähigkeit und teils das Interesse ab, zivile Formen der Austragung von Konflikten zu wählen. Zum einen werden sie als wirkungslos angesehen, zum anderen werden die Konflikte fundamentalistisch antagonisiert (international und zunehmend innergesellschaftlich als »Kampf der Kulturen«). Eine interventionistische Außenpolitik, globale Strategien der Sicherung von Einflusssphären und massivster Aufrüstung sowie von (gegen-)terroristischen Bewegungen und regionalen Banden sind die eine Seite der Medaille. Die andere sind innergesellschaftliche Überwachung (staatlich wie privat), Ausbau repressiver Kontrollformen und (Gegen-)Gewalt.

**These 8: Es wird zu einer Vervielfachung der Konflikte kommen, deren Verdichtung in gemeinsamen Kämpfen offen ist.**

Ausgehend von den genannten Krisen geht es aktuell um vier konfliktträchtige Hauptprobleme:

- erstens um die Frage der Gerechtigkeit und damit um die Verteilung und Umverteilung von Lebenschancen, Einkommen, Macht und Eigentum (es sind *Gerechtigkeitskonflikte*);
- zweitens um den Erhalt oder die Zerstörung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Menschen (es sind *Konflikte um die Zukunft* und die Produktions-, Verkehrs- und Lebensweise);
- drittens darum, ob Macht vorrangig Wenigen dient und durch Wenige ausgeübt wird, oder sich den Zielen solidarischer Mehrheiten unterordnet und durch diese auch partizipativ verwirklicht wird (es sind *Demokratiekonflikte*);
- und viertens darum, ob und wie es gelingt, die zivile Austragung von Konflikten innergesellschaftlich oder global durchzusetzen, autoritär und durch Überwachung oder durch Prävention und Integration, ausgrenzend oder solidarisch, friedlich oder gewalttätig (es sind *Konflikte um Zivilität*).

Konflikte und Proteste setzen an konkreten und akuten Problemen des Lebens an und beziehen sich nur in Ausnahmefällen auf »die Krise« im Allgemeinen, obwohl sie letztlich durch diese vermittelt sind. Unterschiedliche Ereignisse können als Auslöser für Proteste wirken. Solche Bruchpunkte können sich in sehr verschiedenen, nichtsdestoweniger zusammenhängenden Konfliktfeldern entwickeln:

So ist zu erwarten, dass die Schuldenkrise weiter schwelt und Konflikte um weitere, milliarden-schwere Rettungspakete und soziale Kürzungen das politische Klima in Europa (und den USA) prägen werden. Bei einer erneuten Finanz- und Wirtschaftskrise ist fraglich, ob es den beteiligten Staaten gelingen wird, wieder mehrere Billionen Dollar oder Euro zu mobilisieren, um eine Depression zu verhindern. Ein Aufflammen der Konflikte um eine Reregulierung der Finanzmärkte und die Kosten der Krise dürfte unvermeidlich sein.

Mit Verweis auf notwendige Haushaltskonsolidierungen sollen nach der »Krise der Privatisierung« in Folge von Kämpfen um öffentliches Eigentum und Rekommunalisierung europaweit Privatisierungen wieder vorangetrieben werden. Zu erwarten sind ein Wechselspiel von Privatisierung und Deprivatisierung und zahlreiche Konflikte z.B. um die Privatisierung/Rekommunalisierung von Krankenhäusern, städtischen Wohnungen, Wasserbetrieben etc.

Dies hängt unmittelbar zusammen mit einer weiteren Verschärfung einer Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die große Teile der Gesellschaft in wachsende Unsicherheiten stößt. Die Ausdünnung öffentlicher Dienstleistungen, die Intensivierung von Arbeit bei Vernachlässigung der nötigen Erziehungs- und Sorgearbeiten vertiefen die bereits erwähnte Krise der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft wie der künftigen Generationen. Steigende Mieten, mangelnde Kinderbetreuung, unsichere Bildungschancen, der Kampf um Schulreformen und Studienbedingungen, drastische Defizite in der Pflege, steigende Gesundheitskosten – all dies ist bereitet den Boden für vielfältige Konflikte um die Verteidigung des Öffentlichen sowie um die Mitbestimmung seiner Neugestaltung.

Damit verbunden sind Konflikte um die Bewertung, Organisation, Neu- und Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten, von Erwerbsarbeit, öffentlich finanzierter Arbeit, von Sorge- und Reproduktionsarbeit, von politischer und kultureller Arbeit sowie von demokratischer Partizipation. Dies sind auch gesellschaftliche Konflikte um Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse.

Zugleich werden einerseits die Konflikte um die Verteidigung erkämpfter Arbeits- und Tarifstandards für einen immer kleiner werdenden Teil gewerkschaftlich organisierter Kernbelegschaften und andererseits um Prekarisierung/Entprekarisierung von Randbelegschaften sowie die Ausweitung von Niedriglohn zunehmen. Eingezwängt zwischen den kapitalistischen Anforderungen zum Erhalt von Konkurrenzfähigkeit, Arbeitsintensivierung, drohenden Verlagerungen, Privatisierungen und schwindender Organisationsmacht geht es für die Gewerkschaften um den Erhalt strategischer Handlungsfähigkeit. Wettbewerbs- und Krisenkorporatismus, aber auch der Ausbau ihrer Gegenmachtfunktion konnten den Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in der Krise verzögern.

Besonders bedroht ist die Organisationsmacht der Gewerkschaften auch durch einen ökologischen Strukturwandel, hin zu neuen nicht-organisierten Branchen. Für wachsende Teile der Bevölkerung sind ökologische Fragen und die Energiewende von steigender Relevanz. Noch agieren hier vor allem die mobilisierungsfähigen sozialen Bewegungen, hier gewinnen Die Grünen an Rückhalt. Wichtig ist dabei nicht zuletzt: In den Auseinandersetzungen um den sozial-ökologischen Umbau werden die entscheidenden Konflikte um wirtschaftliche Zukunft, Beschäftigung, Nachhaltigkeit, um gesellschaftliche Perspektive ausgetragen.

Die Unsicherheiten werden in den nächsten Jahren eher zu- als abnehmen. Krisen und gesellschaftliche Umbrüche verunsichern, erschüttern gewohnte Lebensweisen, verdampfen Althergebrachtes. Konflikte um gesellschaftliche Integration/Desintegration, Migration, Ab- und Ausgrenzungen, kulturelle Differenzen und Zuschreibungen werden sich zunehmen. Der Kampf gegen rechtspopulistische Positionen und eine gesellschaftlich verankerte ausstrahlungsfähige linksalterna-tive Vision des Zusammenlebens, Zusammenarbeiten und Zusammenentscheiden wird zentral.

Politik gegen die Bedürfnisse und Interessen der Menschen nährt die Krise der Repräsentation. Die Arroganz der Macht befördert neue Demokratiebewegungen. Konflikte um Erhalt und Erneue-

Die Verbindung der Demokratie sind bei allen zuvor genannten Konflikten zentral, sind das verbindende Glied: gemeinsame Verfügung und Entscheidung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um die Gestaltung von Zukünften von der Kommune bis zur EU, von der Schule bis zum Arbeitsplatz.

Diese Konfliktlinien halten wir in den nächsten Jahren für gesellschaftlich entscheidend. Mühelos ließen sich weitere hinzufügen. Die Frage ist weniger, welcher Konflikt sozusagen zum »Hauptwiderspruch« erhoben wird. Entscheidend ist ihr Zusammenhang, wie Konflikte von herrschender Seite oder durch Gegenkräfte zusammengebunden und politisiert bzw. entpolitisiert werden. Für die Linke gilt es, Problemstellungen so zu verschieben, dass sie produktiv gemacht werden können, vermeintliche Konflikte zwischen Migranten und Deutschen wieder als Konflikte zwischen »oben« und »unten« begriffen werden; Konflikte um Jberhalt oder Ökologie als Frage sozial-ökologischer Transformation und gerechter Übergänge behandelt werden (vgl. LuXemburg 1/2011), Konflikte um Haushaltskonsolidierung und Sozialkürzungen als Konflikte um Besteuerung von Vermögenden, Finanzmärkten und Unternehmen umdefiniert werden etc. Es gilt an den Widersprüchen des autoritären Neoliberalismus wie eines grünen Kapitalismus anzuknüpfen, Brüche im Machtblock zu nutzen und solidarische Mitte-Unten-Bündnisse zu bilden. Die Linke muss sich dabei auf unterschiedliche Entwicklungen und Szenarien einstellen, auf schwer zu kalkulierende Krisendynamiken und plötzliche Wendungen.

### Konflikte produktiv wenden:

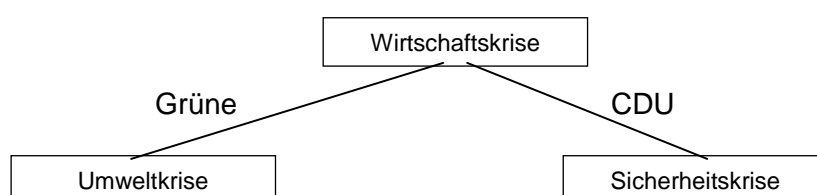
Es gibt eine Restriktion für jede linke Politik: Banken, Finanzinstitutionen und Konzerne wurden auf Kosten der Allgemeinheit gerettet und nun soll die Schuldenkrise erneut von jenen beglichen werden, die am wenigsten dafür können. Der Schuldendienst an die eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen muss geleistet werden. Dies ist nicht nur eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben, sondern verschärft die Wirtschaftskrise, ohne dass Schulden nachhaltig abgebaut werden könnten. Über diese illegitimen Schulden wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein Schuldentribunal, ähnlich wie in Ecuador 2010 sollte auf die Tagesordnung gesetzt werden: Welche und in welcher Höhe sind Schulden zu bedienen? Wie viel soll für den Schuldendienst oder Investitionen frei bleiben, und für welche? Dies ist kein Problem nur peripherer Staaten. Benötigen wir nicht generell einen Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar? In Verbindung mit einer gerechteren Steuerpolitik, die Kapital und Vermögende (wieder) stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt der Allgemeinheit zuführt, könnte Umverteilung gestoppt, umgekehrt und Spielraum für eine andere Politik eröffnet werden. Benötigt wird ein Rettungspaket für eine erneuerte solidarische Sozialversicherung für alle und von allen statt privater Eigenvorsorge, Zweiklassenmedizin und billiger Pflege, und zwar im Sinne einer umfassenden Idee eines sozialen Europa mit gemeinsamen Mindeststandards und transnationalen sozialen Rechten. Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik. Sie hat aber nur dann eine Chance, wenn sie zugleich auf Umgestaltung und Demokratisierung zielt .

### Das Beispiel Wahlen in Baden-Württemberg 2011

Die Veränderung der Kräfteverhältnisse infolge veränderter Konfliktkonstellationen zeigte sich in Deutschland 2011 zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Die drei Krisen, die zu dieser Zeit die Diskurse prägten, waren: die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Umwelt- und Energiekrise sowie die vermeintliche Sicherheitskrise (Terrorismus, Flüchtlingsströme etc.). Diese Krisen sind hochkomplexer Natur und ihre Auswirkungen sind von Land zu Land verschieden. Das Krisenmanagement in Deutschland hat verhindert, dass eine vierte Krise, eine soziale Krise, hinzukam.

Wie positionierten sich die Parteien zu diesen Krisen? Die CDU entwickelte eine konservativ- und exportorientierte Wirtschaftsstrategie und verband diese mit einer verstärkten Antiterror und autoritären Sicherheitspolitik, die Grünen entwickelten ihren »Green New Deal«, der Wirtschaftspolitik und Energiewende verbinden sollte. Diese Konfliktlinie entschied 2011 in Baden-Württemberg die Wahlen.

### Grafik: Wahlentscheidende Konflikte, Frühjahr 2011



Die Krisen heizen einen Kessel an, in dem es immer stärker brodelt. Es fängt an verschiedenen Orten gleichzeitig an zu kochen, während an anderen Orten noch oder wieder Ruhe »herrscht« (im Doppelsinne). Der Neoliberalismus hat gerade auch in Deutschland zu einer starken Fragmentierung der Gesellschaft geführt, zu räumlichen, kulturellen, sozialen und auch rechtlichen Spaltungen, so zwischen den Besserverdienenden und der Mehrheit der Lohnabhängigen, zwischen Kernbelegschaft und Zeitarbeitern, zwischen Exportindustrien und Dienstleistungsbereichen, zwischen »Inländern« und »MigrantInnen«, zwischen Älteren und Jüngeren. Die gemeinsame solidarische Konfliktaustragung ist schwierig.

In Situationen erhöhter Ungleichgewichte sind konkrete Vorhersagen schwierig. Sicher ist aber die Vervielfachung der Konflikte, ihre Verstreuung und eine hohe Verschiedenartigkeit. Ob es zu einer Bündelung kommt, ist dagegen offen. Über den langfristigen Verlauf wird durch die Art und Weise der Bearbeitung dieser Konflikte entschieden.

➤ *Entscheidend wird sein, ob es bei defensiven, fragmentierten und damit oft hoffnungslosen Protesten bleibt, oder neue breite solidarische Mitte-Unten-Bündnisse entstehen, die sowohl die institutionalisierte Linke (in Gewerkschaften und Parteien sowie NGOs) als auch die Protest- und Bewegungslinke einschließen. Eine Aufgabe der Linken ist es, die Prozesse der politischen Selbstauschließung präkarisierter sozialer Gruppen aufzubrechen..*

**These 9: Die Herrschenden versuchen, die Konflikte strategisch zu bearbeiten. Dabei konkurrieren vier gesellschaftliche Konzepte: das Konzept des verschärften autoritären Neoliberalismus, der Neuen Rechten, des Grünen Kapitalismus und des Green New Deal.**

Angesichts der historisch schwachen Investitionen schon vor der Krise kann man von einem »Kapitalismus ohne Projekt« sprechen. Seine vorantreibende gesellschaftliche Funktion jenseits des Marktliberalismus (Dieter Klein: Krisenkapitalismus. 2008) hat der Neoliberalismus schon lange verloren. Es mangelt an ausreichend Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen. Die aktive Zustimmung der Bevölkerung ist brüchig geworden. Mangels sichtbarer und durchsetzungsfähiger Alternativen hat ein passiver Konsens in Deutschland bislang Bestand. Doch den aufbrechenden Krisenerscheinungen hat der herrschende Machtblock keine produktiven Lösungen mehr entgegenzusetzen, die die Interessen der Lohnabhängigen und der unteren Mitte der Gesellschaft und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. Krisenmanagement verhindert den Kollaps, befördert ein Prozessieren der Krise auf anderen Ebenen. Ein Feuer wird gelöscht, zwei neue brechen aus. Doch die Neoliberalen sitzen nicht zuletzt in Deutschland fest im Sattel und bauen in Europa und den USA ihre institutionelle Macht aus. Ihre Position mag keine »führende« mehr sein, aber nach wie vor eine »herrschende« (Gramsci, Gef. 2, 354).

Weiterhin befinden wir uns in einem fragmentierten Krisenneoliberalismus, in dem verschiedene Akkumulationsmodelle repräsentiert sind und miteinander lange Zeit konkurrieren werden. Das Krisenmanagement ist situativ, machtbezogen und auf schnelle Lösungen innerhalb des neoliberalen Rahmens orientiert. Es herrscht Richtungskonstanz vor. Versuche auszubrechen, wurden weitgehend unterdrückt. In dem Maße, wie diese Richtungskonstanz aber auf immer größere Probleme stößt, werden Alternativen wieder eine stärkere Rolle spielen und als Optionen herangezogen, die umso ernsthafter in Erwägung gezogen werden, umso mehr bisherige Ansätze nicht zu einer Stabilisierung führen. Aufgrund der Tatsache, dass die Krisenursachen fortbestehen, die Fähigkeit zu einer korporatistischen, durch Staatsverschuldung finanzierten Bearbeitung aber deutlich geringer geworden sind, sondern die Krisen noch weiter anheizen würden, muss mittelfristig davon ausgegangen werden, dass innerhalb des herrschenden Blocks wie von außen durch die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, politische Kräfte die Strategie des autoritären Neoliberalismus in Frage gestellt wird – von rechts wie von links. Soweit das Muddling-Through nicht erfolgreich ist, ist entweder die engere Verbindung des autoritären Neoliberalismus mit den Neuen Rechten oder mit einer grün-kapitalistischen Modernisierung am wahrscheinlichsten.

## **Strategie des autoritären Neoliberalismus (Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage)**

Die herrschenden Kreise versuchen gegenwärtig, die Bedrohungen der Stabilität innerhalb der gegebenen Strukturen abzubauen. Es handelt sich um eine *Restauration eines autoritären Neoliberalismus*. Der Krise wird (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet, in diesem Fall mit Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung. Zwar bleiben in Deutschland wesentliche soziale Leistungen erhalten, werden jedoch noch selektiver und repressiver zugeschnitten. Kombiniert mit marginalen sozialen Teilverbesserungen (denkbar sind auch leichte Lohnerhöhungen) und symbolischen Zugeständnissen tritt der Zwang offener hinter dem bröckelnden Konsens hervor. International wird eine Klassenpolitik zugunsten der Vermögenden und der exportorientierten transnationalen Konzerne betrieben. Das Leitbild sind der globale freie Markt und der Einzelne als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. Soweit es die Konjunktur erlaubt, werden in einigen Ländern auch soziale Zugeständnisse gemacht, während andere durch Sozialkürzungen vorher ungekannten Ausmaßes konfrontiert sind.

Die Stärke dieser Strategie der Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage ist die tiefe Verankerung in den ökonomischen und politischen Machteliten und ideologischen Apparaten sowie in den Institutionen (u.a. die genau zum Zeitpunkt des Ausbruchs der jüngsten Krise im GG verankerte »Schuldenbremse«). Es gibt starke und bisher kaum bewegliche Interessen. Die Ideologie des Sparens und Kürzens ist zudem zu einem Common Sense geworden. Solange die Herrschaft selbst nicht direkt bedroht ist, wird es keinen starken Angriff auf diese Position aus dem Machtblock heraus selbst geben. Deshalb dominiert Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage, die sich zunehmend autoritärer und repressiver Mittel bedienen muss.

Die Schwäche dieser Strategie ist es, dass sie erstens genau jene Schubkraft des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes zumindest teilweise beschneiden muss, die bisher dem Neoliberalismus zugrunde lag. Weder kann sie die Staatsverschuldung deutlich erhöhen noch die Verschuldung der unteren Klassen. Vor diesem Hintergrund sind Privatisierung und Spekulation der Vermögensklassen wenig gewinnträchtig. Die objektive Problemlösungskraft dieser Strategie ist gering. Zweitens verringert sich ihre Massenbasis, da sie immer weniger Kreisen in der Bevölkerung immer weniger zu bieten hat. Daher wenden sich viele der Neuen Rechten zu.

## **Die Neue Rechte (Richtungskonstanz auf verengter Grundlage)**

In den USA und vielen Ländern der Europäischen Union entsteht eine Neue Rechte, die die Interessen (Arbeitsplätze, Erhaltung des Lebensniveaus, Sicherheit) und die Wertvorstellungen einerseits der Mittelschichten und andererseits der bedrohten Gruppen der Lohnabhängigen (Leistung, Ordnung, Anerkennung) aufgreift und in das Projekt einer Verteidigung des eigenen Privilegien, des eigenen Standorts, der eigenen Kultur auf der Grundlage des Neoliberalismus einfügt.

Subalternen Gruppen wird ethnisch oder kulturell Teilhabe an einem solchen Projekt angeboten. Zugleich werden Bürger- und Menschenrechte eingeschränkt bzw. Teilen der Gesellschaft ganz verwehrt (»Illegale«, »Kriminelle«, »Terroristen«, »Islamisten« usw.). Gestützt auf vermeintliche kulturelle Werte wird die Entzivilisierung vorangetrieben (nicht nur in der Kriegsführung, sondern in einer rein instrumentellen »Nutzens«-Logik des globalen wie innergesellschaftlichen Agierens). Es kommt zum Aufbau von »Festungs-Gesellschaften« mit totalitären Elementen.

Wir erleben die Zunahme sozio-kultureller Konflikte und die Verschärfung ideologischer Auseinandersetzungen um Antisemitismus oder Islamophobie, die nicht nur von Rechtspopulisten erfolgreich aufgegriffen werden, sondern in der Mitte der Gesellschaft fußen. Angesichts der diffusen Bedrohung durch Krisen, Banker, sozialen Abstieg und des Vertrauensverlusts gegenüber der Politik sind rechtspopulistische, rassistische und chauvinistische Einstellungen bei einer sich abschließenden aggressiven »Elite« und den bedrohten Mittelklassen zunehmend verbreitet. Die hohen Zustimmung von zwei Dritteln der Bevölkerung zu den chauvinistischen und rassistischen Ressentiment von Thilo Sarrazin gegen Arbeitslose, Menschen mit „Migrationshintergrund“ und Islam in Deutschland sind dafür ein Indiz. Allerdings zeigt sich auch, geteilte Krisenerfahrungen verbinden sich mit rückläufiger »Abwertung von Langzeitarbeitslosen« (Heitmeyer 2010, 33). Nicht zuletzt die Finanzwirtschaft und die radikalisierten mittelständischen »Leistungseliten« stehen hinter einer Restauration neoliberaler Prinzipien und verbinden dies z.T. mit einer zunehmend feind-

seligen Abgrenzung gegenüber den unteren Gruppen und Klassen. Hier geht es nicht mehr um Distinktion, sondern um harte Respektabilitätsgrenzen. Auf diese Weise operiert ein autoritärer Neoliberalismus wie ihn die CDU/FDP-Regierung vertritt. Er macht Angebote, die die wirtschaftliche (Haushalts)Stabilität, mit äußerer und innerer Sicherheit sowie bekannten konservativ-autoritären Werten verbinden. Ihre Anhänger verknüpfen dies mit der Konzentration auf die eigene Absicherung und das Machbare – auf eine restriktive Handlungsfähigkeit, die langfristige Folgen werden ausgeblendet. Das Unbehagen bleibt.

Ab- und Ausgrenzung in der Gesellschaft und nach außen, Konzentration auf kurzfristige »nationale Interessen«, eine selektive Verbindung von Protektionismus und offenem Kapitalverkehr sind Elemente dieses Projekts. Es ist ein Autoritarismus, der sich auf das individuelle Sicherheitsbedürfnis der von sozialem Abstieg Bedrohten stützt, die Kritik an der repräsentativen Demokratie aufgreift und sich als außerhalb des Establishments beschreibt, einfache und durchsetzbare Lösungsansätze verspricht und konkrete Macher präsentiert. Zugleich ist es ein Projekt, dass darauf zielt, grundlegende Menschenrechte und demokratische Rechte einzuschränken sowie rechtsstaatliche Standards drastisch zu senken. Das neoliberale Projekt soll auf eingeschränkter Grundlage fortgeführt werden und unmittelbar den genannten Gruppen zugute kommen. In der EU ist die Verfolgung dieser Strategie mit einer weiteren Spaltung in ein Kerneuropa und eine Peripherie verbunden. Ein Europa der Märkte, des verschärften Standortwettbewerbs und nationaler bzw. regionaler Egoismen ist die Folge. Die Abschottung an den Außengrenzen wie innerhalb der Gesellschaften verstärkt sich. Für die Eliten des Finanzmarkt-Kapitalismus sichert diese Strategie zwar eine Massenbasis in ihren Zentren und erlaubt es, die eigene regionale Machtstellung zu stärken und eine imperiale Überdehnung zu vermeiden. Dies erfolgt aber auf einer bornierten und sogar schrumpfenden Grundlage und erschließt keine neuen Akkumulationsfelder. Diese könnte dagegen der Übergang zu einem »Grünen Kapitalismus« erschließen.

### **Der »Grüne Kapitalismus« (Richtungsveränderung auf modifizierter Grundlage)**

Grüner Kapitalismus und sozial-libertärer Green New Deal (siehe zu diesem weiter unten) werden von vielen ihrer Exponenten nicht als unterschiedliche oder gar als gegensätzliche Entwicklungspfade verstanden. Hier dagegen werden beide analytisch voneinander unterschieden, um deutlich zu machen, dass die Vielzahl von Entwicklungsvarianten, die teils als grün-kapitalistisch und teils als Green New Deal bezeichnet werden, zwar bestimmte Gemeinsamkeiten haben, die der Zentralität der ökologischen Frage geschuldet sind, zugleich aber auch durch wesentliche Unterschiede geprägt sind. In den hier vorgelegten Thesen werden die überwiegend in die vorherrschenden neoliberalen Machtstrukturen integrierten Prozesse ökologischen Wandels als grüner Kapitalismus definiert. Als Green New Deal bezeichnen wir dagegen eine postneoliberale Entwicklung des Kapitalismus, in der es Gegenmächten gelingt, im Rahmen des Kapitalismus den ökologischen Umbau mit sozialen Reformen und demokratischen Erneuerungsprozessen zu verbinden und damit einen Transformationsprozess einzuleiten, der für Veränderungen geöffnet werden kann, die über den Kapitalismus hinaus auf einen grünen und demokratischen Sozialismus verweisen. Diese Unterscheidung von Grünem Kapitalismus und Green New Deal schließt nicht aus, dass in vielen einzelnen Schritten gegenwärtigen umweltorientierten Wandels im Rahmen des Grünen Kapitalismus Entwicklungsoptionen stecken, die eine linke Politik nicht ausschlagen darf.

Schon seit längerem sind die ökologische Modernisierung und der Ausbau der regenerativen Energien Optionen der Erneuerung der technologischen Grundlagen und der Erschließung neuer Akkumulationsquellen. Die Revolution der Informations- und Kommunikationsverarbeitung sowie des Transports in den letzten dreißig Jahren soll mit einer Revolution in der Energieproduktion und der stofflichen Grundlagen verbunden werden. Dieser Prozess ist konzeptionell weit ausgearbeitet und hat praktisch schon begonnen.

Das Projekt des »Grünen Kapitalismus« ist das einer »passiven Revolution« (Gramsci). Die bürgerlich-kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft werden weiter entwickelt (»revolutioniert«) und zugleich werden die Herrschaftsstrukturen aufrecht erhalten und die Subalternen bleiben Objekte dieser Entwicklung. Bestimmte Interessen werden herrschaftsförmig integriert und Teile der Führungsgruppen protestierender Bewegungen werden inkorporiert.

Eine solche Strategie verändert nicht nur die Richtung der technologischen Entwicklung und die volkswirtschaftliche Struktur, sondern sie verlangt auch eine Modifikation der Regulationsweise.

Die massive Ausweitung von Akkumulation in den Feldern einer ökologischen Modernisierung ist nur möglich, wenn es zu verbindlichen und durchsetzbaren politischen Vorgaben kommt, langfristige Investitions- und Förderprogramme Anreize schaffen und Sicherheit geben und eine gezielte Nachfragepolitik entsteht. Öko-Keynesianische Elemente der Marktsteuerung sollen mit neoliberaler Regulierung, Ausweitung der Verwertungsbereiche (weitere »Inwertsetzung« von Naturressourcen, Landschaft usw.) verbunden werden. Die produktivistisch-konsumistische Produktions- und Lebensweise würde ökologisiert werden, ohne dass dabei die Grundmuster verändert werden (vom Auto auf fossilistischer Grundlage zum E-Car, von den AKW zu zentralisierter Energieproduktion auf regenerativer Grundlage – Desertec, Windparks im Meer usw.). Die Dominanz von Finanzfonds und Großkonzernen wird auf eine neue Grundlage gestellt. „Grüner Kapitalismus“ bedeutet die Verquickung von Umwelttechnologien, Megaprojekten (Desertec) und „Sicherheitstechnologien“ bzw. Militarisierung.

Die Stärke dieser Strategie des Grünen Kapitalismus liegt in den Feldern einer neuen Industriepolitik. Sie kann von exportorientierten Ländern mit einem hohen Anteil von Investitionsgütern (Deutschland, Japan, zunehmend auch China und Indien) kapitalisiert werden, setzt dafür aber andere Länder unter zusätzlichen Druck (Strukturwandel in den fossilistischen Sektoren). Der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den ökologisch orientierten Industrien steht ein starker Abbau in anderen Bereichen gegenüber, der nicht durch den Ausbau des Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge kompensiert wird. Sie ist weitgehend anschlussfähig an den Neoliberalismus und verlangt nur Modifikationen der gegebenen Institutionen und eine Anpassung der herrschenden Akteure (so zum Beispiel der Energiekonzerne) sowie die Integration neuer Gruppen. Es ist fraglich, wie stabil eine solche Entwicklung ist, da die Bearbeitung der grundlegenden Krisen auf einer derart eingeschränkten Grundlage erfolgt und nur für einige Regionen und einen Teil der Gesellschaft wirkliche Zukunftsoptionen eröffnet. Dies wird entscheidend durch den wirtschaftlichen Erfolg bedingt (»It's the eco-economy, stupid!«). In Europa würde dies Länder wie Deutschland begünstigen und andere besonders stark treffen. Spaltungstendenzen werden zunehmen.

Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien wird auf etliche Billionen Dollar anwachsen. Der Weltmarkt für Green-Tech war laut Roland Berger mit einem Volumen von 1,4 Billionen Euro bereits 2007 größer als der für Maschinenbau. Bis 2020 wird sich der Umsatz auf 3,2 Billionen vorsichtig geschätzt mehr als verdoppeln. Wenn Investitionen getätigt werden, dann hier: drei von vier Firmen in Deutschland legen nach einer Umfrage von Siemens Financial Services im Bereich GreenTech ihren Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Schon jetzt hat sich hierzulande bei erneuerbaren Energien die Beschäftigung seit 2004 mehr als verdoppelt (340.000 Beschäftigte, IMU 2011). Greentech-Firmen bieten in der Bundesrepublik Beschäftigung für über eine Millionen Menschen und erbringen gut acht Prozent der Wirtschaftsleistung. Solar-Investitionen sollen sich bis 2015 verdoppeln. Private Equity Fonds wie Blackstone investieren mehrere Milliarden Euro in Offshore-Parks vor der deutschen Küste. Eine Energieeinspeisevergütung von 150 € pro Megawattstunde, Übernahme der Kosten des Netzausbaus durch den Netzbetreiber, direkte Förderung durch die Bundesregierung und vergünstigte KfW-Kredite sollen eine Rendite von zehn bis zwanzig Prozent ermöglichen. Eine Studie im Auftrag des World Wide Fund For Nature (WWF) errechnet, dass in den kommenden dreißig Jahren weltweit rund 350 Billionen US-Dollar in den Ausbau und Betrieb konventioneller städtischer Infrastruktur investiert werden müssen, um diese funktionstüchtig zu halten. Wenn aus diesem Gesamtvolumen im gleichen Zeitraum rund 22 Billionen US-Dollar für Investitionen in städtische Öko-Infrastruktur wie energieeffizienten Wohnungsbau, emissionsarme Fahrzeug- und Logistiksysteme etc. und Green IT investiert würden, könne der durch urbane Infrastruktur erzeugte CO<sub>2</sub>-Ausstoß um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, soll GreenTech die Grundlage für einen ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktionsweise liefern.

Der Grüne Kapitalismus ist zugleich Fortsetzung des Neoliberalismus und Bruch. Die Fortführung und Intensivierung einer »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) im Bereich natürlicher Ressourcen bis hin zu Landgrabbing oder die Individualisierung von Umweltproblemen (der »aufgeklärte Konsument«) zeugt ebenso von Kontinuitäten wie der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Einerseits wird eine Finanzmarktregulierung angestrebt und zugleich werden neue Instrumente der Spekulation entwickelt. Es gibt Kontinuität und Brüche: Die Marktgläubigkeit, die noch die seit Rio 1992 institutionalisierte Nachhaltigkeits-Politik prägte, ist geschwunden. Stattdessen wollen die ökologischen Modernisierer die Schaffung einer neuen technologischen Basis der Produktion und die Entwicklung einer neuen Konsumweise durch neue globale Regulierungen, Ge- und Verbote, öffentliche Investitionen und Infrastrukturen, aber auch Sicherheitspolitiken gewährleisten. Getrieben von einem kollektiven,

»kosmopolitischen Problembewusstsein« (Beck) – durch die jüngsten Katastrophen noch befeuert – soll staatliche Steuerung eine aktivere Rolle einnehmen.

Allerdings werden die dafür nötigen keynesianisch inspirierten Investitions- und Förderprogramme gebremst, zunächst durch die Krise und nun durch die Austeritätspolitische Wende. Bspw. blockiert der Kampf um den härteren Sparkurs zwischen Republikaner und Demokraten Obamas Pläne für einen Einstieg in einen Grünen Kapitalismus oder partiell auch Green New Deal. Der erzielte Kürzungskompromiss bedeutet das vorzeitige Ende der ambitionierten Investitionspläne. Die Schuldenkrise in der Eurozone hat ebenfalls in zahlreichen Ländern zur Aussetzung oder Streichung entsprechender Investitionsvorhaben geführt. Dies wird sich dank europäisierter Schuldenbremse voraussichtlich auch nicht wesentlich ändern – anders als in China, wo ein »technokratischer Green New Deal« bereits in die Praxis umgesetzt wird (Schmalz 2011).

Ein grüner Kapitalismus ist keineswegs mit der Lösung der ökologischen Krise zu verwechseln, stellt vielmehr ihre herrschaftsförmige Bearbeitung dar. Er konzentriert auf weitere Verwertung, weiteres Wachstum, dadurch bedingten vermehrten Ressourcenverbrauch und zugleich Vernachlässigung der nicht-profitablen Bereiche. Ziel sind Wachstums- und Exportförderung mit der Folge, dass die Umwelteffekte erreichter Steigerungen der Ressourcenproduktivität durch das Wachstum wieder aufgefressen werden. Ohne Änderung des Wachstumsmodells überkompensieren sog. Rebound-Effekte jede Steigerung bei Ressourcen- und Energieeffizienz. Sollen bei 2,5 Prozent Wachstumsrate jene Minderungsziele erfüllt werden, die beim Verbrauch von Rohstoffen und bei Emissionen als ökologisch erachteten werden – die Wissenschaft spricht, wie bereits angeführt, von Einsparung bis 2050 um 80 bis 90 Prozent gegenüber 1990 –, so wären die Verbräuche der Industriestaaten pro Einheit Sozialprodukt auf bis zu ein Siebenunddreißigstel zu senken. Optimisten wie Weizsäcker sprechen vom Faktor 5 – nicht 37. Ungleichgewichte und Konkurrenz in der Weltwirtschaft schreiben sich beim grünen Kapitalismus fort oder werden verschärft.

Der Grüne Kapitalismus ist ein »Bastard-Kapitalismus«, der in der Akkumulations- und Regulationsweise starke gegensätzliche Züge kombiniert. Er ist zudem dadurch geprägt, dass die entstandenen Ungleichheiten von Oben und Unten, von Nord und Süd, von privatem Luxus der Wenigen und Verarmung gerade auch des Öffentlichen reproduziert werden. Diese Schwächen des Projekts des Grünen Kapitalismus eröffnet Anknüpfungspunkte für einen sozial-libertären Green New Deal.

Die Bundesrepublik ist Triebkraft eines autoritären Neoliberalismus und versucht, ihn mit Optionen eines Grünen Kapitalismus zu verbinden. Der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie (der deutsche Post-Fukushima-Konsens) erklärt sich auch daraus, dass die deutsche Wirtschaftsstruktur einen solchen Ausstieg begünstigt. Es wird der Wettbewerbsvorteil im Kampf um die Zukunftsmärkte des Ausbaus der regenerativen Energien gesehen. Durch den hohen Anteil von Investitionsgütern am Export der Bundesrepublik erscheint der Wechsel hin zu einem Grünen Kapitalismus als besondere Chance.

### **Sozial-libertärer Green New Deal (Richtungswechsel auf neuer Grundlage)**

Es ist fraglich, ob eine Strategie der Zählung und Einbindung des Kapitals durch ökologisch orientierte Fraktionen der Mittelklasse ohne breites Mitte-Unten-Bündnis Erfolg haben kann, zumal jede konsequente (sozial)ökologische Transformation mit einer massiven Kapitalvernichtung einhergeht. Letzteres betrifft die mächtigsten Kapitalfraktionen: die fossilistischen Konzerne vom Öl bis zum Auto. Was dies für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse, Krisen bedeutet, wird kaum thematisiert. Wobei eben die fossilistische Fraktionen nicht einheitlich sind, da v.a. die großen Energie-, Chemie oder eben Autokonzerne selbst mit zu den größten GreenTech-Investoren gehören. Eine »kontrollierte« Entwertung und Vernichtung des alten fixen Kapitals wird aber extrem schwierig. Industriepolitische Abfederung oder Konversionspolitiken werden indes kaum entwickelt.

Die Erfahrungen mit Klimaverhandlungen und Zertifikatehandel angesichts der starken fossilistischen Kapitalfraktionen zeigen: es dauert zu lang. Erfolgt der ökologische Umbau zu langsam, droht die Verschärfung von Umwelt- und sozioökonomischen Folgekrisen. Die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad ist laut IPCC bereits jetzt nicht mehr zu erreichen. Es gibt keinen sanften Übergang, höchstens einen mehr oder minder gerechten. Die gewaltige Aufgabe, bis 2050 die Treibhausemission um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über zweihundert Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein.

Es ist außerdem zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie insbesondere Klimawandel auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken.

Bislang verbinden Konzepte eines Green New Deal vor dem Hintergrund der Vielfachkrise die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energiewende und ökologische Modernisierung mit der notwendigen technologischen und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen und dem Ausbau der öffentlichen Sektoren sozialer und kultureller Reproduktion. Diese Verbindung von Antworten auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Reproduktions-, Beschäftigungs- und Klimakrise in einem konsistenten Programm ist – trotz problematischer Seiten – bislang der einzige in sich geschlossene und progressive Vorschlag gegen die multiplen Krisen, der im herrschenden Block Durchsetzungschancen hat.<sup>5</sup> Und er ist verbunden mit einer Sinnperspektive: Der Green New Deal greift Unsicherheiten, Bedürfnisse und Interessen jener auf, die neben Beschäftigung, wirtschaftlicher Entwicklung und Innovation auch für eine ökologischere Lebensweise und mehr demokratische Mitbestimmung eintreten. Er bietet das grundlegende Potenzial für einen neuen gesellschaftlichen Konsens und für eine Relegitimierung der Marktwirtschaft.

Der Green New Deal ist gegenwärtig im herrschenden Block an den Rand gedrängt; seine Durchsetzungsmöglichkeiten haben sich zunächst drastisch verschlechtert, aber auch er hat in den letzten zehn Jahren eine weitgehende konzeptionelle Vorbereitung erfahren und es gibt auch eine Reihe von praktischen Prozessen, die in diese Richtung zeigen, wie die Rekommunalisierung von Teilen der Energieversorgung. Noch ist der Green New Deal aber randständig und flankiert ideologisch einen Grünen Kapitalismus. Dies kann sich in der Folge starker Erschütterungen und grundlegender Veränderungen der Optionen wieder ändern. Ohne eine handlungsfähige autonome Linke wird ein sozial-libertärer Green New Deal nicht möglich. Angesichts dessen müsste ein Green New Deal, konsequent gedacht, die ökologische mit der sozialen Frage verbinden.

Ziel eines Green New Deal ist der Übergang zu einem neuen Typ von Wachstum, das zugleich sozial wie ökologisch ist. Dies verlangt aber einen Richtungswechsel hin zu einer grundsätzlich neuen Akkumulations- und Regulationsweise. Wichtige Bastionen des Finanzmarkt-Kapitalismus müssten geschleift werden, weil ansonsten dieser Richtungswechsel nicht abgesichert werden kann. Dazu gehören die Abschmelzung eines größeren Teils der Vermögensakkumulation in den Kreisen der Reichen, die Umorientierung der Einkommensströme auf die neuen Akkumulations- und Konsumfelder, die Überwindung der Dominanz der Finanzfonds als Eigentümer und die Stärkung von wirtschaftsdemokratischen Elementen, eine starke staatliche Regulierung durch Ge- und Verbote, eine verbindliche Planung stofflicher und energetischer Prozesse (u.a. in Gestalt verbindlicher Mengenbegrenzungen), große öffentliche Investitionsprogramme. Dies gilt auch im globalen Rahmen (Global New Deal). Dies ließe sich nur in einem starken Mitte-Unten-Bündnis realisieren, in harten Auseinandersetzungen mit den Finanz- und fossilistischen Kapitalfraktionen.

Ein zentraler Punkt eines Green New Deal im Unterschied zur Strategie des Grünen Kapitalismus ist der Ausbau des Öffentlichen und der öffentlichen bzw. öffentlich geförderten Beschäftigung in den Bereichen Kultur, Bildung, Gesundheit, Pflege, Kommunales. Dies widerspricht der bislang vertretenen Vorrang der Haushaltskonsolidierung ohne konsequente Umverteilungspolitik. Es müsste eine Umverteilungspolitik mit einer Umgestaltungspolitik verbunden werden, die die öffentliche Daseinsvorsorge massiv erweitert, viele Leistungen dezentralisiert und kommunalisiert, die

---

<sup>5</sup> Dieses Projekt wurde u.a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären vorgeschlagen. Befördert wurden diese Vorstellungen insbesondere durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen des IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore. Verfechter sind neben den europäischen Grünen Parteien –, große NGOs wie der WWF, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern, die New Economics Foundation und die Vereinten Nationen. Hinter einem GND bzw. einem grünen Kapitalismus (s.u.) stehen auch Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen, die Aufträge bei der Effizienzoptimierung erwarten, Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Anlagenbauer wie Siemens, Automobilkonzerne, die sich von ›green cars‹ und E-Autos ein neues Geschäftsfeld erhoffen, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF, die neue, leichte und energie-effiziente Werkstoffe entwickeln, selbst Ölkonzerne wie BP, die sich in ›Beyond Petrol‹ umbenannt haben sowie Venture-Capital Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds und anderer Fondsgruppen).

Binnennachfrage und regionale Ökonomien stärkt. Der Strukturumbau kann nur erfolgen, wenn er durch massive staatliche Interventionen und eine größere Umverteilung abgesichert wird. Unter der Voraussetzung, dass die Strukturen des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus beseitigt sind, kann dafür auch eine höhere Neuverschuldung in Kauf genommen werden.

Für eine solche neue Akkumulations- und Regulationsweise sind gegenwärtig die machtpolitischen Voraussetzungen noch nicht gegeben, auch wenn wichtige konzeptionelle Grundlagen entstanden sind und einflussreiche Gruppen aufgeklärter Eliten diese Option fördern (und sei es als Reserveoption im Fall tieferer Krisen des Herrschaftssystems). Es bedürfte umfassender Lernprozesse in Teilen der herrschenden Eliten sowie starker handlungsfähiger Gegenkräfte mit klaren Zielvorstellung und einem hohen Kooperationsvermögen, um dieser Option zum Durchbruch zu verhelfen. Innerhalb des herrschenden Blocks würden die Finanzmarkt-Eliten drastisch an Einfluss verlieren, während sich andere Kräfte neu ausrichten müssten. Von den Gewerkschaften und linken Kräften verlangt dies die Verbindung von klarer unmittelbarer Interessenverteidigung mit Konversionsstrategien.

Der Green New Deal ist durch tiefe innere Spannungen gekennzeichnet. Anders als nach 1945 kann keine dauerhafte Spirale von wachsendem Bruttosozialprodukt und Steigerung des privaten Konsums ausgelöst werden. Es muss sich der Anteil der öffentlichen Ausgaben bzw. der Ausgaben, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, deutlich erhöhen. Der beabsichtigte Strukturwandel verlangt tiefe Eingriffe in die privaten Verfügungsrechte. Eine wirkliche Ökologisierung ist nicht möglich, wenn die Erwerbs- und Konsumzentrierung und der Wachstumszwang sowie die Profitdominanz nicht überwunden werden. Ein Green New Deal kann kein alter New Deal mit grünem Vorzeichen sein, sondern stellt – wie von Keynes langfristig vorhergesagt – die Grundstrukturen des Kapitalismus selbst in Frage oder er wird in einen tiefen Gegensatz zur notwendigen ökologischen Wende geraten. Die Linke in ihren verschiedenen Formationen sollte deshalb mit einem eigenen Ansatz in die Auseinandersetzungen hineingehen, der die sozialökologische Transformation ins Zentrum stellt und über die kapitalistische Akkumulations- und Regulationsweise hinausweist.

➤ *Die Linke muss sich mit vier sehr unterschiedlich zu bewertenden Strategien innerhalb des herrschenden Blocks auseinandersetzen.*

Es ist keine Frage, ob es nicht zumindest ansatzweise zu einer »ökologischen« Modernisierung kommt oder nicht, sondern welcher Art diese sein wird. Konzepte eines sozial-libertären Green New Deal, die soziale und ökologische Fragen zu verbinden suchen, konkurrieren mit Vorstellungen eines grünen Kapitalismus (Fücks). Es geht dabei um die zukunftsfähige Form des Kapitalismus. In der Bundesrepublik bildet der sozial-libertäre Green New Deal den programmatischen Kern eines rot-grünen Lagers, der grüne Kapitalismus den eines schwarz-grünen – die politische Linke ist weder in dem einen noch dem anderen Projekt vorgesehen. Die Grünen haben es (vorläufig) geschafft, sich für beide Varianten einer ökologischen Erneuerung als führend im Bewusstsein der Wähler zu etablieren. Die CDU/CSU versucht sich sowohl als Hüterin stabilitätsorientierter (lies: neoliberaler) Werte und als Protagonistin einer maßvollen ökologischen Modernisierung zu etablieren und dies mit der Verteidigung konservativer Werte zu verbinden. Grüne und CDU/CSU erklären beide den Konflikt zwischen ihnen zum zentralen parteipolitischen Konflikt bis 2013, betrachten sich als Hauptkonkurrenten. Doch geprägt ist die Situation ebenso von einem schwarz-grünen Post-Fukushima-Atomkonsens und der damit verbundenen neuen Dynamik des Übergangs in einen postnuklearen und postfossilen, grüncapitalistischen Akkumulationspfad.

Unabhängig davon, welchem politischem Lager es gelingt, unter seiner Führung andere Gruppen in eine Neuordnung des Machtblocks zu integrieren, kapitalgetrieben findet die Entwicklung zu einem grünen Kapitalismus bereits statt. Tatsächlich setzen die Konzepte eines Kapitalismus 3.0 auf die kreative Kraft innovativer Unternehmen. In der Bundesrepublik bringen sich dabei gerade jene in Stellung, eine führende Rolle zu übernehmen, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben: die Oligopolisten der Stromversorgung. Favorisiert werden marktformige und technische Lösungen, einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige off-shore-Windparks, monopolisierte Netze und – trotz allem – die Atomkraft, wenn nicht hierzulande, dann doch als Exportgut. Die fossilistischen Autokonzerne setzen auf E-

Autos und neue städtische Car-Sharingmodelle. IT-Unternehmen, Stromkonzerne, Bahn und kommunale Betriebe konkurrieren um den Aufbau entsprechender Infrastrukturen. – Vor dem Hintergrund der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der institutionellen Vertiefung neoliberaler Haushalts- und Fiskalpolitik ist also die Durchsetzung eines sozial-libertären Green New Deal eher unwahrscheinlich – besser stehen die Chancen für die Fortentwicklung des grünen Kapitalismus, der aber unter dem Druck sozialer Kräfte, von Lernprozessen und experimentellen Erfolgen und neuen Krisenshocks auch in einen Green New Deal übergehen kann.

<b>Strategien der Suche nach (Aus-)Wegen in der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus</b>				
	<b>Autoritärer Neoliberalismus</b>	<b>Neue Rechte</b>	<b>Grüner Kapitalismus</b>	<b>Green New Deal</b>
<b>Verhältnis zum Neoliberalismus</b>	Richtungskonstanz auf unveränderter Grundlage	Richtungskonstanz auf verengter Grundlage	Richtungsveränderung auf modifizierter Grundlage	Richtungswechsel auf neuer Grundlage
<b>Leitidee</b>	Marktradikalismus	Standortverteidigung	marktbasierte Lösung der ökologischen Frage	sozial-ökologische Marktwirtschaft mit starker öffentlicher Steuerung
<b>Soziale Träger</b>	Bewahrung der grundlegenden Institutionen und Machtstruktur im herrschenden Block	Ethnisch-kulturell begründete Integration eines Teils der unteren sozialen Schichten bei gleichzeitiger verschärfte sozialer und politischer Spaltung und Ausgrenzung und Anwendung offener Gewalt	Aufstiegchancen neuer Mittelschichten und eines modernisierten Unternehmertums als »Leistungsträger« und zusätzliche Legitimation durch Nachhaltigkeit	Ausbau der sozialen Basis durch breite Integration und Schaffung neuer Legitimation in den mittleren und unteren Gruppen, konzentriert um die ökologische Modernisierung
<b>Produktions- und Lebensweise</b>	Fortsetzung der fossilistischen Lebensweise	Fortsetzung der fossilistischen Lebensweise oder partiell auch (grüne) Autarkie	Ökologische Modernisierung als eingeschränkter neuer Wachstumspfad	Sozialökologische Modernisierung als umfassender neuer Wachstumspfad
<b>Regulationsweise</b>	Primat marktförmiger Regulation und Ausrichtung der staatlichen Intervention an offenen Märkten und freiem Kapitalverkehr sowie Schutz der (Finanz-)Investoren	Verbindung von Marktregulation und autoritärer Intervention zum Schutz von Standorten und korporativen Interessen (neuer Protektionismus)	Verbindung von Marktregulation und staatlichen Strukturprogrammen sowie Einschränkung der Finanzmarktregulation	Sozial-liberaler keynesianischer Reformismus auf der Grundlage umfassender öko- und sozialstaatlicher Programme
<b>Haltung zur EU und zum internationalen System</b>	Fortsetzung der Empire-Politik und einer neoliberalen Integration der EU	Kooperation und Konflikt von regionalen Blöcken; Institutionalisierung der Spaltung zwischen »Kerneuropa« und »Peripherie« sowie Abschottung gegenüber »Fremden«	Erneuerung und Erweiterung der Empire-Politik auf der Grundlage der Projekte marktwirtschaftlich-ökologischer Modernisierung	Verbindung von erweiterter Empire-Politik mit globalen Marshall-Plänen und verstärkter Verbindung von gemeinsamer Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU

**These 10: Die Linke muss sich auf harte Abwehrkämpfe, Bemühungen um den Erhalt und Ausbau ihrer gesellschaftlichen und institutionellen Basis (Mitte-Unten-Bündnis) und um die Konstituierung einer erneuerten solidarischen Mosaik-Linken (in Deutschland, der EU und global) einstellen.**

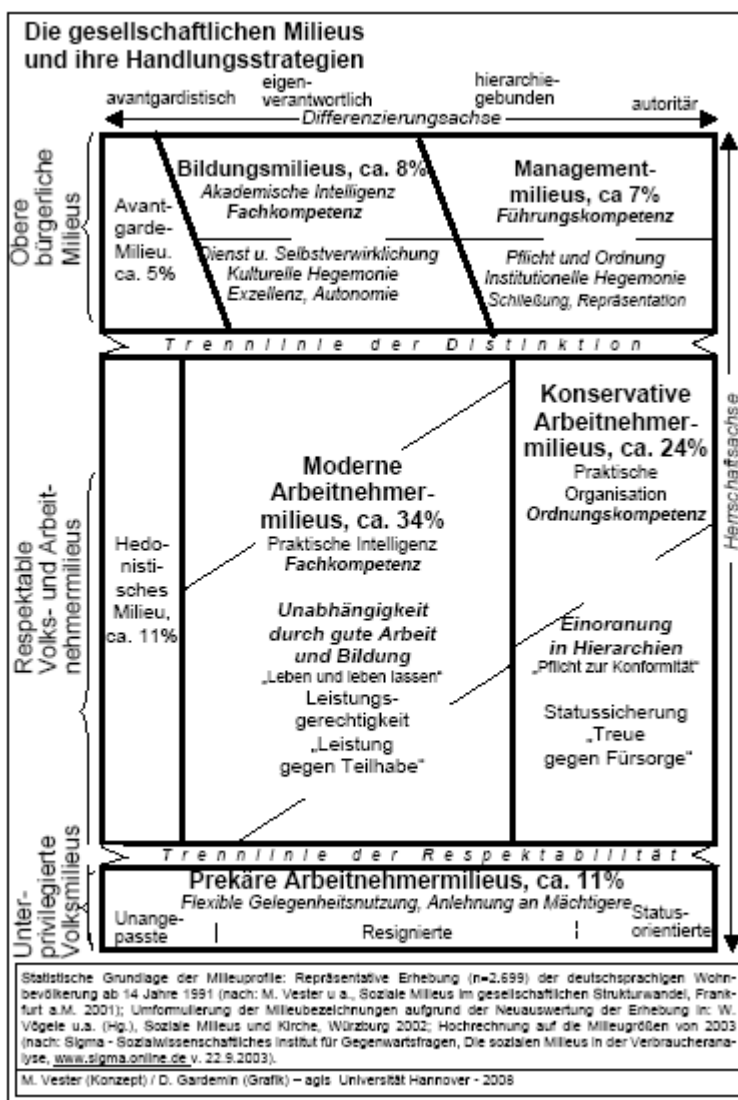
Die Linke ist immer wieder damit konfrontiert, dass eine Denkweise vorherrscht, die davon ausgeht, dass der Erfolg »der« Wirtschaft die Voraussetzung für alles andere ist und deshalb zunächst alles andere dieser Wirtschaft untergeordnet werden muss. Dies und die Gewährleistung von Si-

cherheit (militärisch, im Zugang zu Ressourcen, in der Abwehr von Migrantinnen und Migranten usw.) sei der Lösung aller anderen Probleme (Klima, globale Armut usw.) vorgelagert. Zudem wird Solidarität instrumentalistisch gedacht – sie muss »uns«, den »Deutschen« unmittelbar nutzen. Eine solche Hegemonie wird nicht zuletzt über technologische Megaprojekte (so das Galileo-Projekt, Desertec usw.) durchgesetzt und auf Dauer gestellt.

Der Partei *Die Linke* ist es nicht gelungen, die Unterstützung aus der Bevölkerung für sich in der größten globalen Blamage des (Finanz)Kapitalismus seit achtzig Jahren zu erhöhen.<sup>6</sup> Stattdessen hat sich ihre Position, aber auch die Position ihres gesellschaftlichen »Lagers« – der Lohnabhängigen und Armen verschlechtert, ohne dass es in Deutschland zu größeren – im engen Sinne – sozialen Protesten gekommen wäre. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit. *In Europa und den USA sind die Kämpfe zurück gekehrt*, wenn auch häufig wenig organisiert und immer in der Gefahr ohne Repräsentation zu verhallen oder von problematischen Repräsentationen »gekapert« zu werden. An welchen Punkten entzündet sich ein solches Bewusstsein (ausführlich vgl. »Rückkehr der Kämpfe?«, *LuXemburg* Heft 2/2011)? In Israel – neben Deutschland dem einzigen Land, das im vergangenen Jahrzehnt Reallohnkürzungen erfahren hat und dessen Mittelschicht um Prozentpunkte geschrumpft ist - standen Wohnen/Mieten im Mittelpunkt, in den nordafrikanischen Staaten heftete sich die Wahrnehmung der Krise an die korrupten Herrscher. In der europäischen Peripherie folgt die Forderung nach Demokratie einer Repräsentationskrise. Diese trifft v.a. die sozialdemokratischen/

sozialistischen Parteien, die linken Parteien sind in der Krise, da sie in den Augen der Bürgerinnen und Bürger keine machtpolitisch relevante und überzeugende Alternative jenseits des Protests verkörpern und/oder zum etablierten Block gezählt werde, von dem kein Richtungswechsel zu erwarten ist. Konservativ-neoliberale Fraktionen werden dadurch z.T. bei Wahlen gestärkt (Portugal, Spanien) und so die Situation zementiert. Andererseits werden zentrale Punkte benannt: Die Frage, »wie wollen wir leben«, was ist eine gerechte Beteiligung aller an der Gesellschaft, wie sieht eine »wirkliche Demokratie« (*Real Democracy*) aus? Von dieser Widerspruchskonstellation aus muss und kann ein neues Projekt für die Linke(n) bestimmt werden. Sie muss die Verteidigung der Interessen der Menschen mit der Forderung nach Umgestaltung und umfassender Demokratisierung wirksam verbinden.

Aktuell kämen SPD, Grüne und Linke sowie Piratenpartei – würde man sie zusammenrechnen können – auf fast sechzig Prozent



<sup>6</sup> Laut Schneier-Hase (Emnid) reichen für die Partei *Die Linke* die unteren sozialen Schichten nicht, um stabil über 5% zu bleiben. Die LINKE hat seit den Wahlen 2009 an Zustimmung bei Jüngeren (Halbierung ihrer Wahlpotentiale bei Jüngeren im Vergleich zu 2009), bei den Frauen und im Osten auch bei den Rentnern verloren, sie gewinnt - auf 1000 gerechnet - 2% von der SPD und verliert gegenwärtig 14% an sie, nur jeder zweite, der 2009 angab, dass er sich vorstellen könnte die LINKE zu wählen, würde sie im Moment wählen.

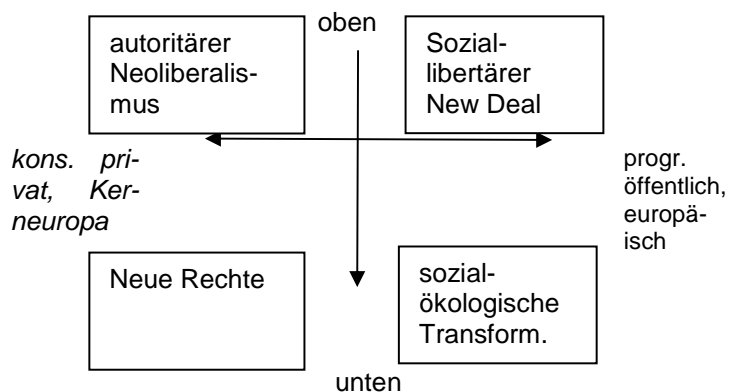
der Stimmen, CDU/CSU und FDP nicht einmal auf vierzig Prozent. *Aber Politik ist nicht die Kunst der Addition, sondern der Multiplikation der Kräfte oder sogar ihrer exponentiellen Stärkung. Weder verstärken sich Bürgerproteste und gewerkschaftliche Kämpfe zwangsläufig wechselseitig, noch ergeben die Strategien von SPD, Grünen und Linkspartei zusammen eine Kraft des Richtungswechsels. Sie sind Bausteine, die kein Ganzes bilden.*

Die erstarkte Linke ist schwach. Zwar ist es verschiedenen linken Gruppen und Bewegungen gelungen, selbstbewusst ihre Interessen zu artikulieren. Und doch sind sie gemeinsam nicht in der Lage, die Struktur des Feldes der Politik zu bestimmen. Eine rechnerische Mehrheit im Parlament reicht eben nicht aus, wenn die Überzeugungsmehrheiten-Träger/innen den Parlamenten keinen Politikwechsel zu trauen. Die Überzeugung, dass es anders gehen müsste, reicht eben nicht aus, es braucht auch das Vertrauen und die Zuversicht, dass es anders gehen kann. So bleibt die fragmentierte Linke unterlegen. Es ist eben nicht die Frage, wer über die quantitative Mehrheit verfügt, sondern wer die Regeln des Handelns (und sei es die des Widerstandes) vorgibt (Lac-lau/Mouffe). So sind in Deutschland seit Jahren die Überzeugungsmehrheiten links von der Mitte und die Entscheidungsmehrheiten rechts von ihr – neoliberal. Eine soziale, politische und kulturelle Minderheit (der Privilegierten, der Marktliberal-Konservativen, jener, die sich für die »Leistungsträger« halten) beherrscht das Feld.

Die zentrale Differenz, die die Linke prägt, ist die zwischen einer sozialen und einer libertären Linken, zwischen einer Linken, die die soziale Umverteilung ins Zentrum rückt, und einer Linken, die die ökologische Umgestaltung betont. Die Proteste der einen und der anderen sind weitgehend unverbunden. Auch ihr Demokratieverständnis differiert. Die soziale Linke artikuliert die Werte und Interessen jener, deren soziale Stellung direkt und unmittelbar durch den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus bedroht ist oder die längst in das gesellschaftliche Unten abgedrängt wurden. Ausdruck sind Kämpfe gegen Hartz-IV, Rente mit 67, Altersarmut, Bildungsnotstand, Leiharbeit und erzwungene Teilzeitarbeit, Prekarität und den Niedriglohnsektor. Die libertäre Linke dagegen drückt Interessen und Werte jener aus, denen Qualifikation und individuelles Handlungspotential weitgehend Sicherheit geben und sogar Aufstieg versprechen. Sie streben nach demokratischer Partizipation und Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten durch einen ökologischen Umbau und die Öffnung der Gesellschaft für Neues – nach innen wie nach außen. Teils verfügen sie über etablierte feste Positionen im öffentlichen Dienst, in gehobenen Positionen des medialen, kulturellen oder sozialen Dienstleistungssektors oder arbeiten darauf hin, teils sind es jene, die sich jenseits solcher Räume behaupten wollen oder müssen und in prekär selbstbestimmten Formen arbeiten und agieren. Die soziale Linke selbst ist wieder unterschieden in jene, die über eine gewisse, oft kollektive Handlungsmacht verfügen, und jenen, die zu Objekten des administrierenden und reglementierenden Sozialstaats gemacht wurden oder auf entwürdigende Weise auf schlechte Arbeit und niedrigen Lohn reduziert sind und kaum noch über eigene Alternativen verfügen (zu den Milieustrukturen und ihrer vertikalen wie horizontalen Differenzierung siehe auch Grafik).

Die Differenzen innerhalb der Linken sind durch die Klassenlagen der Gesellschaft des »flexiblen« Kapitalismus bedingt. Sie reflektieren zugleich unterschiedliche Strategien, mit diesen Klassenlagen umzugehen. Sie können nicht durch die Beschwörung einer abstrakten Einheit wegdiskutiert werden. Sie sollte aber auch nicht durch eine »Politik der Differenz« verstärkt werden. Die eigenständige und selbstbewusste Interessenartikulation ist die notwendige Bedingung jeder linken Politik, aber sie ist nicht hinreichend. »Für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ist es notwendig,

Grafik: Umverteilung/Umgestaltung/Demokratie



aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert. Spezifische Interessen müssen neu verbunden und Solidarität entwickelt werden... Die Formulierung und Artikulation partikularer Interessen sowie die Schaffung eigener Organisationen und Netze ist notwendig, um von dort aus überhaupt in eine Assoziation mit

anderen Gruppen und Klassenfraktionen treten zu können und in der Auseinandersetzung das Gemeinsame nicht zu finden, sondern zu produzieren.« (Candeias 2009).

Die Differenzen zwischen sozialer und libertärer Linken sowie innerhalb derselben artikulieren sich entlang des Konflikts zwischen einer Forderung nach Umverteilung, nach Gerechtigkeit, und der Orientierung auf einen ökologischen Strukturwandel. Solange dieser Konflikt nicht bearbeitet werden kann, solange keine Strukturen entstehen, die eine solidarische Verbindung dieser beiden Positionen ermöglichen, solange ist die Linke bestenfalls stark in ihrer Schwäche, wird sie viele Abwehrkämpfe – auch erfolgreiche – führen, aber keine Richtungswechsel der Politik einleiten. Die Grundlage dieser Verbindung ist die organische Vereinigung von Forderungen nach gerechter Umverteilung (von Einkommen, Vermögen, Macht und Eigentum sowie Einfluss), sozialökologischer Umgestaltung und umfassender Demokratisierung sowie einer umsichtigen Friedenspolitik.

**These 11: Eine radikale Realpolitik sozialökologischer Transformation in den Zeiten der Krise basiert auf dem strategischen Viereck von sozialer Umverteilung, sozialökologischer Umgestaltung, umfassender Demokratisierung und umsichtiger Friedenspolitik (4U).**

### Umverteilung ist der Ausgangspunkt

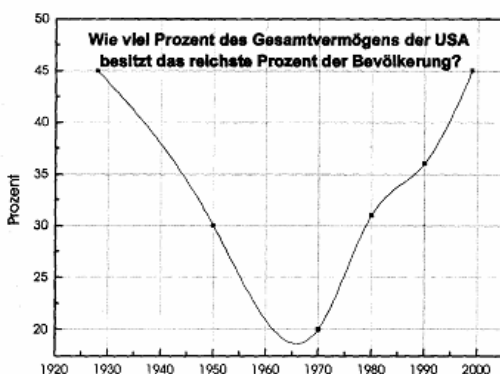
Es ist einer der größten Propagandaerfolge des Neoliberalismus, dass viele Linke von Umverteilung fast mit einem schlechten Gewissen redet. Sie sieht sich in Rechtfertigungsnot. Immer wieder wird ihr entgegengehalten, dass man sicherlich auch und irgendwie und irgendwann über Verteilungsfragen reden müsse, aber diese seien doch keinesfalls das zentrale Problem der Gegenwart. Dies seien Erderwärmung oder das undurchlässige Bildungssystem, seien der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie oder mangelnde Integration. Die Linke dürfe nicht den Robin Hood spielen und sei als Umverteilungslinke schon lange gescheitert.

Hinter solchen Positionen steht die historische Erfahrung, dass die »alte« Linke Umverteilung zu oft strukturkonservativ praktiziert hat – vor kurzem gerade wieder bei der Unterstützung für die »Abwrackprämie«. »Gutes Geld der Steuerzahler« sei überholten Strukturen hinterhergeworfen worden. Auch die einseitige Fixierung auf höhere Löhne der Stammebelegschaften kann Strukturen konservieren, die die Mitte und das Unten der Gesellschaft spalten. Umverteilung, auch wenn sie Arbeitnehmer begünstigt, ist nicht zwingend links. Sie kann auch konservativ, klientelistisch, autoritär und sogar rechts sein (»Arbeit zuerst für Deutsche«). Vergessen ist, dass dieser Strukturkonservatismus auch das Resultat verlorener Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, Konversion, einen umfassenderen Umbau der Industriegesellschaft und für eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft war.

Es gibt berechtigte Kritik an vielen Vorstellungen von Umverteilung. Aber das Gegenteil von falsch ist nicht richtig.<sup>7</sup> Eine falsche Umverteilungspolitik widerlegt nicht die These: *Umverteilung ist die Voraussetzung jeder progressiven Strukturveränderung*. Und dies, wie noch zeigen sein wird, aus vielen Gründen. Man kann es auch anders formulieren: Umverteilung ist der Ausgangspunkt linker Politik. Eine sozialökologische Transformation das Ziel. Umverteilung ist das Alpha, solidarische

Transformation das Omega! Und wenn von Umverteilung gesprochen wird, dann meint dies Einkommen und Vermögen, Macht und Eigentum, und es geht um die Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu öffentlich.

Eine Position, die die Frage der Umverteilung auf den zweiten Rang verbannt, ist schon deshalb so absurd, weil sie die absolut dramatische Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich hin zu privat verharmlost, die in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren



<sup>7</sup> Bertelsmann: Verteilung nicht so sehr wichtig für Teilhabegerechtigkeit: Dies ist unmittelbar richtig (als Erscheinung), aber dem Wesen nach falsch: gerade die Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit verteilen mehr um und haben auch eine höhere Teilhabegerechtigkeit (siehe dort S. 25 f.). Eine hohe Ungleichheit schränkt eben auch die Möglichkeiten aktiver Politik der Armutsbekämpfung, der Stärkung eines gleichen Zugangs zu Bildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein.

durchgesetzt wurde. Der Neoliberalismus war vor allem ein Projekt gigantischer Umverteilung. Und diese Umverteilung wurde nicht nur und vielleicht nicht einmal vor allem deshalb durchgesetzt, um die Gier der oberen Klassen nach einem wieder wachsenden Reichtum zu befriedigen (verarmt waren sie nie), sondern vor allem mit dem Ziel, die Machtverhältnisse, die Eigentumsstrukturen, die Wechselverhältnisse von Wirtschaft und Staat umzubauen und eine grundsätzlich anderen *Dynamik* gesellschaftlicher Entwicklung zu erzwingen. Entstanden ist der neoliberale Finanzmarkt-Kapitalismus. Und die europäische Linke in Gestalt der Sozialdemokratie war daran aktiv beteiligt. So waren die beiden wichtigsten Forderungen im berühmten Schröder-Blair-Papier von 1999 zum einen die Schaffung von »Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist« und zum anderen »Steuersenkungen« für Unternehmen und die Vermögenden. Durch »Angebotspolitik« sollte neues Wachstum entstehen, das letztlich allen zugute kommen würde (so das leere Versprechen). Und es wurde klar formuliert: »Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen, um gering Qualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen.« Der Niedriglohnsektor war gewollt. Innerhalb von einem Jahrzehnt stieg der Anteil der Geringverdiener in Deutschland von 16 auf 25 Prozent und hat damit US-amerikanisches Niveau erreicht.

Ein kurzer Blick zurück: Am Beginn der Großen Krise von 1929 besaß das reichste eine Prozent der Bevölkerung in den USA 45 Prozent des Vermögens. Dieser Wert war bis in die Mitte der 1960er Jahre auf deutlich unter 20 Prozent gefallen und im Gefolge der neoliberalen Konterreformen zum Beginn des neuen Krisenzyklus wieder auf 45 Prozent gestiegen (Grafik 1). In der Bundesrepublik stieg die Lohnquote von rd. 50 Prozent im Jahre 1950 auf 75 Prozent im Jahre 1980 und sank bis 2008 auf unter 65 Prozent. Gleichzeitig nahm die Vermögenskonzentration zu. Die reichsten zehn Prozent verfügen über rd. zwei Drittel des Vermögens. Aber auch die Polarisierung der Einkommen zwischen den oberen und unteren Gruppen der Lohnabhängigen nahm zu. Allein zwischen 2004 und 2009 stieg der Anteil der Haushalte mit niedrigen Einkommen von 19 auf 22 Prozent und ähnlich erhöhte sich auch der Anteil derer mit hohen Einkommen. Hinzu kam eine wachsende Spaltung zwischen Kernbelegschaften und Midi- und Minijobbern sowie Leiharbeitern. Begleitet wurde das Ganze durch eine umfassende Privatisierung von größeren Teilen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Rügemer 2008) sowie in den Sozialsystemen. Niemals in der Gesellschaft Deutschlands wurde in so kurzer Zeit so viel gesellschaftliches Eigentum enteignet (privatisiert)! Insgesamt muss von einer umfassenden Umverteilung von Eigentum, Einkommen und Macht zugunsten der Vermögenden, der Unternehmen und der hochqualifizierten oberen Mittelschichten im privatwirtschaftlichen Sektor unter der Dominanz des Finanzkapitals gesprochen werden. Der Neoliberalismus hat die dem Finanzmarkt-Kapitalismus adäquate Sozial- und Eigentumsstruktur geschaffen und einen Staat hervorgebracht, der dies politisch absichert (Brangsch 2010). Der fordistische Klassenkompromiss wurde aufgelöst und von einem Klassenkampf von oben ersetzt. Aus dem Sozialstaat wurde der verschuldete Staat, dessen Gläubiger die Vermögensklasse und dessen Beitragszahler die Bevölkerung, vor allem die Lohnabhängigen sind. Die gezielte Enteignung dieser unproduktiven Gewinne der Vermögensklasse ist die Voraussetzung für den Einstieg in eine umfassende Umgestaltung, wenn diese nicht primär auf Kosten der mittleren und unteren sozialen Klassen und durch wachsende Staatsverschuldung finanziert werden soll.

Aus diesen Entwicklungen des Neoliberalismus lässt sich lernen: Erstens muss Politik ihre eigene soziale Basis schaffen, wenn sie nachhaltig sein will. Es bedarf einer Klassenstruktur, die sie trägt oder zumindest hinnimmt – und sei es aus Ohnmacht der Unterworfenen. Zweitens muss sie Machtstrukturen und auch die Art, Entscheidungen zu fällen, so verändern, dass sie nicht einfach umgekehrt werden kann. Drittens wird sie nur dann stabil sein, wenn auch die Eigentumsverhältnisse so verändert werden, dass sie in die gleiche Richtung wirken. Viertens geht es um Kulturen und Lebensweisen, es geht um tief verankerte Lebensstrategien in den sozialen Milieus, die eine solche Politik befördern oder ihr zumindest nicht widerstehen können. Die Umverteilung, die mit *jedem* Richtungswechsel verbunden ist, muss eine transformatorische Qualität haben, wenn sie mehr sein will als eine quantitative Veränderung innerhalb der gegebenen Strukturen.

Schon die »Erklärung der Rechtes des Menschen und Bürgers« der Französischen Nationalversammlung von 1789 hatte betont: »Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen« (zitiert nach Markov 1982: 105). Der bedeutendste Gerechtigkeitsphilosoph des 20. Jahrhunderts, der sozialliberale Theoretiker John Rawls, hat Maximen aufgestellt, die dieses »Gemeinwohl« präzisieren und die der konservative wie der sozialdemokratische Neoliberalismus systematisch verletzt haben. Seine Leitidee ist die "gleiche Freiheit für alle". Diese könne nur reali-

siert werden, wenn zwei Grundsätze gewahrt würden: »einmal die Gleichheit der Grundrechte und -pflichten; zum anderen ..., dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft« (Rawls 1979: 31 f.). Wachsende Gleichheit der Grundrechte und -pflichten und Partizipationsmöglichkeiten einerseits und permanente Verbesserung der Lage der benachteiligten Gruppen der Gesellschaft gehören in diesem Verständnis zusammen.

Gerechtigkeitspolitik bedarf es der materiellen und kulturellen Bedingungen, um formal gleiche Grundrechte und -pflichten wirksam wahrnehmen zu können. Soweit diese Bedingungen nicht familiär gegeben sind, müssen sie öffentlich bereit gestellt werden. Die Eigentumslosen, jene, die nicht über große Vermögen und Produktionsmittel verfügen, können nur dann an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben, wenn diese Teilhabe durch »soziales Eigentum«, durch öffentliche Daseinsvorsorge, durch die Bereitstellung der Gemeingüter guter Arbeit, Bildung, Gesundheitsvorsorge, soziale Sicherheit und lebenswerte Umwelt ermöglicht wird. Die Umverteilung von privat hin zu öffentlich ist zwingend notwendig.

Die Liste der notwendigen öffentlichen Leistungen steigt mit der Komplexität der Gesellschaft und der Schwäche traditioneller Gemeinschaftsformen immer weiter an. Zu ihnen gehört die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, das System öffentlicher Leistungen auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit, Verkehr, Energie, Information, Sport, Kultur, Pflege. Es schließt aber auch die öffentliche Förderung von guter Arbeit, die Kontrolle über alle Formen des Eigentums im Sinne des Wohls der Betroffenen, die Durchsetzung realer Rechte von Mitbestimmung und Mitwirkung sowie die den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der Rechte der Verbraucher usw. usf. ein. Es gehören dazu genauso sichere öffentliche Räume wie die öffentlich Förderung von Vereinen der Zivilgesellschaft. Dies und vieles andere Öffentliche bildet das Rückgrat einer gerechten Gesellschaft, weil dadurch wesentliche Freiheitsgüter bereitgestellt werden<sup>8</sup>. Der Neoliberalismus war deshalb vor allem eine Politik der Zerstörung dieser öffentlichen Güter. Er hat in aggressiver Weise die Bereitstellung dieser öffentlichen Güter diskreditiert und mit Sprüchen des »Mehr Netto vom Brutto« und des »schlanken Staats« nicht nur Volksverdummung betrieben, sondern die Grundlagen eines solidarischen Sozialstaats unterminiert. Privatisierung zielt auf die ausschließende Bereitstellung der Grundgüter eines freien Lebens, verwandelt sie aus Freiheitsgütern aller in Privilegien, die nur diesen oder jenen Gruppen zustehen (Privatpatienten, Vermögenden, »Deutschen«, »Bildungsnahe« usw.). Lebenschancen werden wieder existentiell abhängig von der Klassenzugehörigkeit.

Eine Politik, die auf Gerechtigkeit und Innovation, Gerechtigkeit und sozialökologischen Umbau glaubhaft zu verbinden sucht, kann unter den Bedingungen hochentwickelter Länder nicht auf systematische und langfristige Umverteilung verzichten. Und diese Umverteilung kann nicht das *Resultat* des Umbaus sein und der Erneuerung, geschweige denn des Wachstums, sondern ist dessen *Voraussetzung*. Nach allen Erfahrungen muss deshalb eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Solidarität auf Bundesebene, dort wo die Verhältnisse überhaupt wirksam beeinflusst werden können, die Umverteilung zum *Ausgangspunkt* für den Einstieg in eine andere Politik nehmen, will sie nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren.

### **Umverteilung – eine machtpolitische Frage**

Eine linke Politik, die die Frage der Umverteilung hin zu den unteren gesellschaftlichen Gruppen und hin zum Öffentlichen – und sei es auch nur auf Zeit – hinten ansetzt, beraubt sich in dreifacher Weise der eigenen Grundlage. Ohne eine solche Politik werden sich erstens unteren sozialen Gruppen und diejenigen, die sich durch eine neoliberale Globalisierung bedroht sehen, nach rechts wenden: Sie werden auf einen autoritären Staat und eine nationalistische Politik, eine Politik der Fremdenfeindlichkeit und der Illiberalität setzen. Die soziale Frage kann dann nationalistisch und rassistisch besetzt werden. Die Erfahrungen der Linken in Italien und Frankreich sprechen eine deutliche Sprache. Umgekehrt zeigt sich, dass die Linke sich dort behaupten konnte und Wahlerfolge zu wiederholen vermochte, wo von Anfang an eine glaubwürdige Politik verfolgt wurde, die den Ausstieg aus Armut, Bildungsnotstand, Notstand bei der Gesundheitsversorgung oder im Wohnungsbereich versprach und klare Erfolge vorweisen konnte. Dies kann und muss teils in di-

---

<sup>8</sup> 1. Zukunftsbericht der RLS.

rekten finanziellen Zuwendungen, teils in der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und teils der Förderung von Arbeit und Beschäftigung vor allem für diese Gruppen, aber auch in neuen Lebenschancen der Mittelschichten niederschlagen. Der Gebrauchswert linker Politik muss sich auch machtpolitisch unmittelbar daran messen lassen, wie untere soziale Gruppen kurz- und mittelfristig besser gestellt werden. Die "Gerechtigkeitslücke" muss durch linke Politik glaubwürdig gefüllt werden.

Dies reicht aber nicht aus. Linke Politik kann sich niemals nur auf die »Unterprivilegierten« stützen – weder sozial, noch politisch oder kulturell. Es geht auch um jene, die sich in der »Mitte« sehen, über eine »respektable« Stellung verfügen, ohne sich dem Oben dazu zu rechnen. Gerade in den höherentwickelten Gesellschaften entscheidet der Kampf um die Mitte die machtpolitischen Auseinandersetzungen. Es geht um Sicherheit, Aufstiegsmöglichkeiten, Leistungsgerechtigkeit und Wohlstand. Gerade auch die Teile der Mittelschichten wenden sich einem Sozialrassismus zu, wenn keine überzeugenden Alternativen zu neoliberaler Politik gegeben sind. Sie wollen dann ihre Stellung durch die Exklusion der »Anderen«, der »Sozialschmarotzer«, der »Wohlstandsflüchtlinge«, der »gebährfreudigen Kopftuchträgerinnen« bewahren. Linke Politik kann an diese Mittelschichten vor allem zwei Angebote machen: Erstens ist dies der Ausbau des öffentlichen Sektors und öffentlich geförderter Beschäftigung einschließlich besserer Qualifikation, Abbau von Stress und Überforderung, höhere Bezahlung. Davon profitieren die soziale Gruppen der libertären Linken direkt, denn ihre Erwerbs-, aber auch Entwicklungsmöglichkeiten werden verbessert. Zugleich wird für alle, die sich eben keine private Bildung, Gesundheitsvorsorge oder Pflege leisten können, für die übergroße Mehrheit der Gesellschaft, die Grundlage ihrer sozialen und kulturellen Teilhabe gesichert. Die sozialökonomische wie kulturelle Grundlage von Solidarität wird gestärkt. Es wird damit interessengeleitet an einem Mitte-Unten-Bündnis gearbeitet und seine Basis ausgeweitet.

Drittens kann der Ausbau des Öffentlichen, von der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem öffentlichen Sektor bis hin zu einer partizipatorischen Öffentlichkeit die Machtbasis der Linken sei es in den Gewerkschaften, sei es in der Zivilgesellschaft, sei es im Staat stärken. Hier geht es vor allem auch um Macht- und Eigentumsfragen im engeren Sinne. Die Möglichkeiten einer demokratischen öffentlichen Regulation der Wirtschaft kann steigen, die Organisationsmacht der Arbeiter und Angestellten sich erhöhen, eine offene Zivilgesellschaft kann autoritären und nationalistischen bis rassistischen Tendenzen entgegenwirken. Das Machtverhältnis zwischen Staat und Privatunternehmen kann deutlich zugunsten des Staates verschoben werden, was die Regulierung der privaten Großkonzerne deutlich erleichtert. Dies bedeutet aber auch, Veränderungen in den oberen Gruppen der Gesellschaft, den Fach- wie Managementeliten, herbeizuführen. Die heutigen »Führungsgruppen« sind in beträchtlichem Maße dem Shareholder-Value, dem Profit um jeden Preis, und der Kürzung aller staatlichen Ausgaben verpflichtet. Dies ruiniert den Mittelstand genauso wie die öffentlichen Betriebe von Bund und Kommunen sowie der Länder. Es gibt deshalb tiefe Konflikte in diesen »Eliten« selbst, auch wenn die Macht sich in beträchtlichem Maße hin zu neoliberalen Gruppen verschoben hatte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch Entwicklungen wie in der Deutschen Bahn, Post oder bei den Landesbanken haben zumindest kulturell diese Eliten des schnellen und großen Geldes diskreditiert. Es ist zu einer Bewegung der Erneuerung der kommunalen und anderen öffentlichen Unternehmen gekommen. Auch in den Betrieben des Mittelstandes vollzieht sich ein Umdenken.

### **Umverteilung ohne Umgestaltung ist keine nachhaltige linke Politik**

Linke Politik, die mehr ist als die kurzfristige Nutzung von Gegebenheitsstrukturen, muss danach streben, ihre eigene Machtgrundlage erweitert zu reproduzieren. Dies ist aber nur möglich, wenn die potentiellen Unterstützergruppen einer solchen Politik gehalten bzw. gewonnen werden und sich in Interessen- und Werte-Bündnisse integrieren, die weitergehende Schritte linker Politik erst möglich machen. Es ist immer der zweite Schritt mit zu bedenken, jener Schritt, der über den Status quo hinaus führt, eine Dynamik gesellschaftlicher Veränderung erzeugt, die einen Richtungswechsel erst erzeugt.

Die ökologische Umgestaltung kann entweder zentralistische Strukturen der Energieerzeugung reproduzieren, die von globalen Großunternehmen kontrolliert werden oder auf der Basis vornehmlich dezentraler und vernetzter Energiebereitstellung. Der Ausbau von Bildung, Gesundheit, Pflege und Kultur als Grundlagen einer Reproduktionsökonomie kann durch weitere Privatisierung und

Niedriglohnwettbewerb erfolgen oder aber in Gestalt solidarischer bedarfsorientierter Dienstleistungen, die im engen Zusammenwirken von öffentlichen Einrichtungen und freien Trägern auf genossenschaftlicher und kooperativer Basis erfolgen. Mobilität kann sich strukturkonservativ durch den Übergang von Erdöl-Auto zum E-Car vollziehen, was zu einer monopolistischen Verschmelzung von Energieerzeugung und Anbietern privater Mobilität führen wird, oder als Entwicklung eines modernen Systems, das vor allem auf einem (entgeltfreien) Öffentlichen Personennahverkehr, preiswerten öffentlichen Anbietern von Verkehrsleistungen vor allem auf der Schiene sowie ergänzenden öffentlichen Systemen von Carsharing und intelligenten Taxisystemen basiert, was nicht nur den Ressourcenverbrauch mehr als halbiert, sondern auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf ein Zehntel absenkt. Die energetische Sanierung der Gebäude kann mit massiver sozialer Enteignung unter der Vorherrschaft von Finanzfonds einhergehen oder genossenschaftliche und selbstverwaltete kommunale Formen von Wohnen fördern. Die Finanzierung des ökologischen Strukturwandels kann vornehmlich privat und über die Kapitalmärkte erfolgen oder durch ein weitgehendes öffentliches System, in dessen Zentrum Sparkassen und Genossenschaftsbanken stehen, die in regionale Strukturen eingebunden sind. Die Durchsetzung der globalen Klimaziele kann mit einer Vertiefung der globalen Spaltungen einhergehen oder sich auf der Basis eines umfassenden Transfers von Finanzen, Knowhow, Technologie von Nord nach Süd und auf der Grundlage gemeinsamer Projekte solidarischer Entwicklung vollziehen.

Umgestaltung ist aber nicht nur ein Wandel der gesellschaftlichen Strukturen, sondern vor allem auch der Lebensweise, der Zeitregime, der Formen sozialer Sicherung, der Art und Weise, Arbeit, Wohnen, Freizeit, gesellschaftliches Engagement zu verbinden. Auf dieser Basis kann die besondere Belastung von Frauen abgebaut werden, können solidarische Geschlechterverhältnisse entstehen. Heutige Städte trennen die Bereiche, verlagern das Einkaufen in die Randgebiete, machen das Auto nicht überflüssig, zentrieren oft Arbeitsmöglichkeiten und Freizeitangebote. Politische Partizipation im Betrieb und in der Kommune wird dadurch erschwert. Die Absenkung der Arbeitszeit auf dreißig Stunden und die Durchsetzung einer freiwilligen neuen Vollbeschäftigung ist eine Bedingung für diese Umgestaltung. Erst dann können Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, gesellschaftliches Engagement und Muße, kann die Vier-in-Eins-Perspektive der harmonischen Verbindung der vier Grundformen menschlichen Lebens möglich werden.

### **Umverteilung und Umgestaltung brauchen umfassende Demokratisierung und ermöglichen sie**

Der Neoliberalismus ist durch den Widerspruch zwischen den enorm gewachsenen Anforderungen an Eigenverantwortung und »Selbststeuerung« der Individuen geprägt. Zugleich sind die Zwänge, die an viele Menschen herangetragen werden, fremdbestimmt. Entscheidungen können nicht unter den Bedingungen sozialer Sicherheit getroffen werden, sondern erfolgen unter hoher Unsicherheit insbesondere bezogen auf die langfristige Lebensplanung. Freiheitswünsche und die »Sachzwänge« von Standortwettbewerb und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt stehen in einem oft unerträglichen Konflikt. Die Finanzkrise ist zu einer Krise der Staatsverschuldung gemacht worden, die ihrerseits als Diktat über öffentliche Daseinsvorsorge, Renten, Bildung, Arbeit und Umwelt gehandelt wird. Die soziale Umverteilung und sozialökologische Umgestaltung ist deshalb eine ungeheure Chance und Herausforderung der Demokratisierung.

Gerade durch eine solche betriebliche, kommunale und gesellschaftliche Demokratisierung können sich sehr verschiedene soziale und kulturelle Gruppen gemeinsam für ihre Ziele einsetzen, können sie Solidarität praktizieren und lernen, wie mit den Konflikten so umgegangen wird, dass sie Chancen für gemeinsame Entwicklung auf der Basis von Verschiedenheit und Differenz werden. Die repräsentative Demokratie ist unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus zu einer Fassade von autoritären Entscheidungsstrukturen geworden, zur Postdemokratie (Crouch). Die Überwindung dieses Finanzmarkt-Kapitalismus und die gleichzeitige Neugestaltung der Demokratie als partizipatorische Demokratie bedingen sich wechselseitig. Die Forderung nach „wirklicher Demokratie“ ist der verbindende Punkt einer Vielzahl von Kämpfen und Bewegungen in der Bundesrepublik, Europa und darüber hinaus.

## **Soziale Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung und umfassende Demokratisierung sind Grundbestandteile einer umsichtigen Friedenspolitik**

Umverteilung ist nicht nur eine nationale oder europäische Aufgabe, sondern steht global. Dies gilt genauso für die sozialökologische Umgestaltung und dem umfassende Demokratisierung. Es ist kein Zufall, dass das Ende des Kalten Krieges kein Übergang zu einer neuen globalen Friedensordnung markierte, sondern sich immer stärker gegensätzliche Blöcke mit globalem Gewicht herausbilden, die im wachsenden Rüstungswettlauf sind, um Einflussphasen ringen, diese auch militärisch absichern. Deutlich zugenommen haben Interventionskriege des Westens. Die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung von Armut, Hunger, Massenkrankheiten und Unterentwicklung sind in vielen Regionen insbesondere Afrikas und Teilen Asiens und Lateinamerikas ausgeblieben. Gleichzeitig versuchen viele Länder, durch eine Politik der exzessiven Rohstoffausbeutung (Extraktivismus) und global orientierter Produktion landwirtschaftlicher Exportartikel (Nahrungsmittel wie Biofuel) soziale Probleme zu lindern und ihre Infrastruktur zu entwickeln. Indigenen Bevölkerungsgruppen wird die Lebensgrundlage entzogen. Es entsteht eine neue internationale Arbeitsteilung auf der Basis fortdauernder und sich vertiefender Ungleichgewichte und Abhängigkeiten.

Jede Maßnahme der Umverteilung, jeder Schritt der Umgestaltung, jede Neugestaltung von Macht- und Entscheidungsstrukturen muss nicht nur in den jeweiligen Ländern vor allem die sozial Benachteiligten stärken, sondern muss auch global dazu beitragen, dass langfristige Entwicklungsperspektiven eröffnet werden für die Bevölkerung im globalen Süden. Der »Krieg gegen den Terror« und der »Kampf der Kulturen« waren vor allem Versuche, die westliche Vorherrschaft abzusichern. Jetzt kommt es darauf an, dadurch umsichtig Frieden zu schaffen, indem auch global umverteilt, sozialökologisch umgestaltet und demokratisiert wird. Die konfrontativen militärischen Potentiale sind schnell abzubauen.

**These 12: Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Kampf um Gegen-Hegemonie der Linken ist die Entwicklung von Einstiegen und Einstiegsprojekten einer Politik der vier U, die die Fragmente der Mosaik-Linken zu solidarischer Kooperation befähigt, sie autonom handlungsfähig macht, Bündnisse mit Teilen der Herrschenden ermöglicht und eine transformatorische Dynamik auslösen können.**

Die organische Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus ist zugleich ein Zivilisationskrise. Sie birgt Tendenzen der Entzivilisierung und des Autoritarismus (selbst innerhalb der Institutionen bürgerlicher Demokratie), des autoritär-neoliberalen Weiter-So oder des Grünen Kapitalismus sowie des Green New Deal. Selbst die progressivste Form der Lösung der gegenwärtigen Krise, der Green New Deal versucht, den Kapitalismus dadurch auf eine neue Grundlage zu stellen, indem die ökologische Frage integriert und mit der sozialen und demokratischen Frage verbunden wird. Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft, die Abhängigkeit der privaten wie öffentlichen Einkommen von Wachstum, die Erwerbs- und Konsumzentrierung sind unter den Bedingungen immer begrenzterer Ressourcen und des Klimawandels, dem Aufstieg großer Teile der Weltbevölkerung zum westlichen Zivilisationsmodell und die Erreichung des Zustandes von materiellen Überfluggesellschaften in den Zentren und für die Oberschichten der Peripherie nicht nachhaltig fortsetzbar. Der kapitalistische Zyklus selbst, die Bindung von Sicherheit und Wohlstand der Einzelnen wie der Staaten an privatkapitalistische Investitionsentscheidungen muss überwunden werden. Gerechte Übergänge zu einem Zivilisationsmodell, das mit den ökologischen Grenzen vereinbar ist, sind Übergänge in eine andere Gesellschaft, einen demokratischen grünen Sozialismus. Die Linke ist gefordert dazu beizutragen, dass eine grundlegende Transformation auf die Tagesordnung der politischen und gesellschaftlichen Kämpfe kommt, die Reform und Revolution, Lösung aktueller Probleme und Umwälzung der Macht- und Eigentumsstrukturen, Kooperation mit reformorientierten Gruppen der Herrschenden und tiefgreifende Demokratisierung und ziviler Konfliktprävention verbindet. Dazu gehören die Forderungen nach einer umfassenden Planung des Strukturwandels hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft, die verbindliche Durchsetzung von Investitionen in jene Bereiche, die für diesen Wandel entscheidend sind und der Abbau jener Sektoren, die ökologisch unverträglich sind. Die Investitionsfunktion ist stark zu sozialisieren und Unternehmertum in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Eine ressourcenschonende klimafreundliche Produktions- und Lebensweise ist mit dem Primat privater Produktion und privaten Konsums unvereinbar: Viele wichtige Dienstleistungen können für alle gemeinsam nur öffentlich und dezentral bereit gestellt werden (Mobilität, lebenswerte Städte, Energie usw.). Die Stoff- und Energieströme müssen weit-

gehend deglobalisiert werden. Im Mittelpunkt einer solchen neuen Wirtschaft stehen nicht mehr die Leistungen bei der Produktion von Waren, sondern bei der Reproduktion der Bedingungen eines Lebens in Freiheit und Solidarität auf nachhaltiger ökologischer Grundlage (Reproduktionsökonomie). Öffentliche und humanorientierte Dienstleistungen erhalten das Primat.

Die Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse wäre zentral für eine sozial-ökologische Transformation. Das hieße unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine »Reproduktionsökonomie« zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Reproduktion heißt hier zum einen, sich auf den Ausbau einer bedürfnisorientierten solidarischen »Care Economy« zu konzentrieren: soziale Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährungssouveränität und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Denn das sind zentrale Bedürfnisse, in denen alle seit Jahren Mangel beklagen. Und es sind die einzigen Bereiche in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Während in der Krise in der Metall- und Elektroindustrie 200.000 Jobs verloren gingen (FTD 31.1.2010), sind im Gesundheits- und Sozialsektor 122.000 geschaffen worden (FTD 1.2.2010).

Ein solcher Strukturwandel wäre zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion, als auch zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen. Ein grüner Sozialismus ist feministisch. Mit der damit verbundenen Binnenorientierung, der Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft wird auch zum Abbau der Exportfixierung sowie von Leistungsbilanzungleichgewichten beigetragen. Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen. Ein gerechter Übergang bedeutet kurzfristig, dass, während bestimmte Bereiche schrumpfen, andere zunächst wachsen, bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. So sind Kernbereiche der fossilistischen Produktions- und Lebensweise (Automobilbau, fossile Energieerzeugung, intensive Landwirtschaft usw.) zu reduzieren und umzubauen, während die energetische Gebäudesanierung, der Aufbau ökologischer Verkehrssysteme und regenerativer Energieerzeugung große Investitionen verlangen. Ein solches qualitatives Wachstum ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens.

Dringend bedarf es *gerechter Übergänge – einer Just Transformation* –, die auch für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z.B. der Energiewende) und dem Umbau (z.B. der industriellen Konversion) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder eine Perspektive bietet. Versuchsweise *Kriterien* für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus sind: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie a) relevant zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, b) von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit) und c) von Einkommens- und anderer Ungleichheiten beitragen sowie, d) Beschäftigung und Gute Arbeit und e) demokratische Partizipation der Einzelnen befördern. Ohne Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu mehr öffentlichen Finanzen kann es keine Umgestaltung geben. Aber auch umgekehrt: Ohne sozial-ökologische Umgestaltung keine wirkliche Verbesserung der Lage des Unten in der Gesellschaft über Almosen hinaus. Dies alles kann aber nicht elitär und autoritär erfolgen, sondern nur durch starke demokratische Partizipation.

Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss zugleich eine Demokratisierung des Staates sein. Weder der wohlmeinende paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz realisieren. Die Entscheidungen über Haushalte und Finanzen müssen stärker demokratisiert werden. Partizipative Haushalte, regionale Räte, partizipative Planungsprozesse, Consultas Populares u.a. sind praktische Ansätze. Die Kommunalpolitik muss von links als parlamentarischer öffentlicher Raum wieder gestärkt und seine Kompetenzen müssen erweitert werden. Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass Politik vor Ort zu wenig bewirkt/bewirken kann, die Verankerung von politischen und gewerkschaftlichen Kräften vor Ort nachlässt, so dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden. Die Mitwirkung bleibt oft formell. Wofür wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen, was halten wir für eine unverzichtbare Grundlage, die jeder und jedem kostenlos oder

preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollte, gemeinschaftlich genutzt werden müsste etc. – darüber sollte möglichst alltagsnah gemeinsam debattiert und entschieden werden. Die Anhänger der Partei Die Linke, so Umfragen, sind mehr als alle anderen für Formen direkter Demokratie. Hier verbindet sich das Gefühl derer, die unten sind, dass fremd und gegen sie über sie verfügt wird, mit dem starken Bedürfnis nach Partizipation der solidarisch-libertären Mittelschichten. Nicht nur ein bisschen grüne Bürgerbeteiligung, sondern reale Demokratie.

Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die Demokratisierung der Wirtschaft: Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraus halten, hieß es Jahre lang. Doch die »Leistungen« von Management und shareholder-value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Primat der Finanzfonds als Eigentümer, Finanzkrise, exorbitanter Managergehälter, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen in Verruf geraten. Auch die klassische Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz, finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen. Es ist Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinaus gehende Demokratisierung der Wirtschaft, für eine echte Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Denn Unsicherheit und Kurzfristigkeit sowie mangelnde Mitsprache blockieren Produktivität, Kreativität und Entwicklung der Einzelnen und damit der Gesellschaft. Mangelnde Mitsprache erschwert die Konversion der Wirtschaft hin zu einer sozial-ökologischen Produktionsweise. Nur die Linke will mit der Wirtschaftsdemokratie die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche voranbringen. Eine solche Gesellschaft verbindet Freiheit und Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Demokratie. Statt auf zwangsförmige Integration/Anpassung, Spaltung und Ausgrenzung, Gewalt und Krieg, setzt sie auf die Freiheit der Einzelnen als Bedingung der Freiheit aller in Einklang mit der Natur.

Auch heute ist Arbeit der zentrale Weg in die Bürgergesellschaft (Walter/Klatt 2011, 151). Deshalb muss über die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen, nachgedacht werden. Eine zentrale Frage wird der Übergang zu einer neuen Form von individueller Entwicklung, sozialer Sicherheit, Teilhabe und gesellschaftlicher Anerkennung sein, die nicht mehr im Bereich der Erwerbsarbeit zentriert ist, sondern durch die selbstbestimmte Verknüpfung von Arbeit im formalisierten Bereich, Sorgearbeit für andere, gesellschaftlichem Engagement in Betrieb, Kommunen, Vereinen usw. und freier Selbstentfaltung entsteht (Vier-in-eins-Perspektive). Es geht nicht um die immer weitere Ausdehnung von Lohnarbeit, sondern um Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung selbstbestimmter kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an ihrem Beitrag zu menschlicher Entwicklung, zum Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert.

Eine globale und regionale Solidarität verlangt Programme der gemeinsamen Entwicklung auf der Basis von Kooperation und Umverteilung beträchtlicher Teile des globalen Reichtums in Höhe von mindestens fünf bis zehn Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Damit wird zugleich ein Ausgleich für die Schulden geleistet, die im Süden durch imperiale und koloniale Ausbeutung, Ausplünderung und Zerstörung entstanden sind.

Die zentralen Umbauprojekte sollten auf (1) solidarische Arbeitsverhältnisse, (2) den Übergang zu solidarischen und armutsfesten Systemen der bedarfsorientierten Grundsicherung und der Sicherung von Lebensstandard, (3) eine Energiewende (in Produktion und Verwendung), (4) partizipative Demokratie in Wirtschaft, vor Ort und in der Gesellschaft, (5) eine Wende hin zur sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung der Europäischen Union und zu einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung zielen. Derartige Projekte sind heute weit über die Linke hinaus konsensfähig.

## Mögliche Einstiege für eine Wende in Deutschland und Europa

Projekte der sozialen Umverteilung von Einkommen, Arbeit, Zeit und Macht

- Vermögensabgabe und zehnjährige Sondersteuer auf private Vermögen oberhalb von einer Millionen Euro
- Anhebung der Spitzensteuersätze auf 55 Prozent
- Erhöhung der Bemessungsgrenzen bis hin zur Einführung des Prinzips einer BürgerInnenversicherung in den sozialen Sicherungssystemen
- Mindestlöhne, die Einkommen deutlich über der Sozialhilfe sichern, und Ausweitung der Bindungskraft der Tariflöhne
- genereller Übergang zur Entgeltfreiheit für Bildung, Gesundheitsleistungen, Pflege und den öffentlichen Personennahverkehr und besondere Förderung sozial Schwächerer
- schrittweiser Übergang zur 30-Stunden-Woche und Sicherung von Vollbeschäftigung
- Pflicht zur Bildung von Betriebsräten in Betrieben ab 50 MitarbeiterInnen und Vetorecht von Belegschaften bei Grundentscheidungen über Standort und Arbeitsplatzsicherung
- Übergang zu einem öffentlichen Bank- und Finanzsystem; Entflechtung der Monopole im Energiebereich und dem Bereich der Infrastrukturen bzw. ihre Überführung in öffentliches Eigentum
- Übergang zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung und Aufbau eines breiten Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung im Reproduktionssektor
- Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten und Geschlechterdemokratie
- Ablösung der Zweiklassensysteme im Gesundheits- und Pflegebereich und Übergang zu einheitlichen solidarischen Sicherungssystemen unter Einbeziehung aller privaten Einkommensarten
- Rekommunalisierung der Stadtwerke und Umbau hin zu ökologischen Versorgern (erneuerbare Energien als Hauptquelle, ökologische Sanierung von Wohnraum, Verkehr, Dienstleistungen) sowie Förderung von genossenschaftlicher Selbstorganisation in diesem Bereich
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, fahrradfreundlicher Kommunen und des Verkehrs auf der Schiene bei gleichzeitigem Zurückbau des Verkehrs auf den Straßen und in der Luft
- Primat biologischer regionaler Versorgung mit Lebensmitteln

Projekte der sozialökologischen Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise

Projekte der umfassenden Demokratisierung von Eigentum, Macht und Regulierung

- Durchsetzung einer qualifizierten Mitbestimmung von Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträten auf allen Ebenen und der Vetorechte von Beschäftigten bei Grundentscheidungen gewinnträchtiger Unternehmen, die Arbeit und Standorte betreffen
- Stärkung von Elementen direkter Demokratie von der kommunalen bis auf die Ebene der EU
- Einführung einer "dritten Stimme" bei Wahlen, die über die finanzielle Unterstützung von Strukturen der Zivilgesellschaft entscheidet
- Einführung von partizipatorischen BürgerInnenhaushalten bis hin zur europäischen Ebene
- Umfassende Transparenz bei öffentlichen Entscheidungen über die Vergabe von Aufträgen, die Erarbeitung von Gesetzen; Stärkung der Mitwirkungsrechte der Zivilgesellschaft in diesen Bereichen

Projekte umsichtiger Friedenssicherung

- Übergang zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der NATO
- Konversion der Rüstungsindustrie in den nächsten zwanzig Jahren
- Schaffung entmilitarisierter Zonen in Europa und mit seinen Nachbarn
- Ausbau der Organisation für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in eine wirksame Struktur der Konfliktprävention und zivilen Regulation
- Erhöhung der Entwicklungshilfe (finanziell, technologisch, infrastrukturell, auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit, ökologischem Strukturwandel usw.) auf fünf Prozent des Bruttosozialprodukts mit dem Ziel der Sicherung des Zugangs jedes Menschen zu den Grundgütern eines freien Lebens auf der Basis einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise

Die Linke ist gefordert, in diesem Umfeld einen eigenen transformatorischen Ansatz zur Lösung der gegenwärtigen Krisen in konkreter Form von *Einstiegsprojekten* einzubringen. Solche Projekte müssen aus der Praxis von Bewegung und Widerstand selbst erwachsen. Sie müssen Veränderung von Produktions- und Lebensweise unmittelbar, als Resultate eigenen Handelns erlebbar machen. Sie müssen Raum für Veränderung und Selbstveränderung schaffen. Gegenwärtig sind es besonders vier Einstiegsprojekte, die die Linke gemeinsam mit vielen sozialen, politischen und kulturellen Kräfte auch unter den gegebenen Kräfteverhältnissen durchsetzen kann: Rekommunalisierung und Demokratisierung von öffentlichem Eigentum; Entwicklung von regionalen Projekten einer Energiewende; Partizipative Haushaltspolitik (Bürgerhaushalt); Verteidigung und Rekonstruktion sozialer und kultureller Infrastruktur.

➤ *Die Linke steht vor der Aufgabe, die Vision einer neuen Zivilisation freier und solidarischer Entwicklung mit konkreten Einstiegsprojekten zu verbinden, die in der Lage sind, zentrale Interessen der sozialen und der libertären Linken aufzugreifen und in gemeinsames politisches Handeln umzusetzen.*

**Grafik XXX: Die organische Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus, bisherige Phasen und Szenarien der Bearbeitung**

